

Die 'Freiheit' erscheint wochentlich und wochentlich, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Preis beträgt bei jeder Ausgabe des Monats 2.00 M., im Voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 1.- M. für Postgebühren nehmen. (Einschl. Postgebühren) Bestellungen entgegen. Unter Umständen bezogen für Deutschland und Österreich 1.20 M., für das übrige Ausland 1.60 M., einschließlich Postgebühren, per Brief für Deutschland und Österreich 2.00 M.

Die achtspaltige Anzeigenzeile ober dem Namen kostet 1.- M., einschließlich Leertexte. Kleine Anzeigen: Das erste Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Leertexte. Kleine Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellenangebote 1.50 M. netto pro Zeile. Stellenangebote in Wortanzeigen: das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.- M. Anzeigen-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 14. Fernsprecher: West-Verkehr 822-24, Buchhandlung Jenicum 2645. 'Freiheit'-Buchdruckerei Jenicum 2020.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Beseitigung einer Kulturschmach.

Ein Erfolg unserer Kritik.

Unsere fortgesetzten Anklagen gegen die Schreckensarbeit der Außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet haben die Regierung endlich, und leider viel zu spät, zum Einschreiten veranlaßt. Sie konnte sich im Hinblick auf die Wahlen der Verantwortung nicht mehr entziehen, daß unter ihren Augen im Ruhrgebiet ein Rachewerk an jenen Männern vollzogen wurde, die durch ihr entschlossenes Auftreten den Rapp-Bußch bereiteten und damit der jetzigen Regierung die Möglichkeit gaben, sich wieder in den Schemel niederzulassen, die ein paar Verbrecher für sich in Anspruch nehmen wollten. Die Regierung hat eine Untersuchungskommission in das Ruhrgebiet geschickt; diese muß schauerhafte Zustände festgestellt haben, denn die Regierung sieht sich gezwungen, durch folgenden Erlaß die rechtswidrigen Urteile der Kriegsgerichte außer Kraft zu setzen:

Die Tätigkeit und die Rechtsprechung der im Ruhrgebiet eingesetzten außerordentlichen Kriegsgerichte hat in letzter Zeit einen Umfang und einen Charakter angenommen, der den für ihre Einsetzung maßgebenden Gründen und der Rechtsauffassung der Reichsregierung nicht mehr in vollem Umfange entspricht. Die Reichsregierung hat daher zur Prüfung der Sachlage besondere Kommissare des Reichsministers des Innern, des Reichsjustizministers und der beteiligten Ministerien ins Ruhrgebiet entsandt und auf Grund des Ergebnisses dieser örtlichen Erhebungen Anweisungen erteilt, die die Tätigkeit der Anlagevertreter bei diesen Gerichten neu regeln, die Freilassung der zahlreichen, ohne hinreichenden Grund oder wegen geringfügiger Vergehen verhafteten Personen verfügen und die Tätigkeit der außerordentlichen Kriegsgerichte wesentlich einschränken. Insbesondere ist bestimmt worden, daß alle noch in Haft befindlichen Personen, welche vor dem 2. April 1920 in Abwehr des rechtswidrigen Angriffs der Rapp-Leute auf die Verfassung an sich strafbare Handlungen begangen haben, mangels Verursachens der Rechtswidrigkeit sofort aus der Haft entlassen werden.

Zur Weseitigung der Durchführung werden sofort besondere Beamte der Justizverwaltung entsandt werden, um an Ort und Stelle über die sofortige Freilassung Entscheidungen zu treffen. Als Vorgesetzter sämtlicher Anlagevertreter ist ein besonderer Generalstaatsanwalt eingesetzt worden, dessen Anweisungen die Anlagevertreter bei den außerordentlichen Kriegsgerichten in allen Angelegenheiten Folge zu leisten haben. Die außerordentlichen Kriegsgerichte sollen baldmöglichst abgebaut werden.

Bunächst wird ihre gegenwärtige Zuständigkeit erheblich verengt und auf schwere, gemeingefährliche Delikte eingeschränkt. Bezüglich der ergangenen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte, die der vorerwähnten Auffassung der Reichsregierung über die Straflosigkeit einzelner Handlungen nicht entsprechen, ist eine sofortige und beschleunigte Nachprüfung einzuleiten worden, um im Gnadenwege die verhängten Strafen aufzuheben und in allen geeigneten Fällen die einstweilige Aussetzung der Strafvollstreckung zu veranlassen. Die Vollstreckung von insgesamt 154 standgerichtlichen Todesurteilen ist bereits durch frühere Verfügung des Herrn Reichs-

präsidenten ausgesetzt und die Nachprüfung dieser Fälle im Wege eines getregelten Gerichtsverfahrens angeordnet worden.

Die Regierung bestätigt durch diesen Erlaß, daß die Kriegsgerichte im Ruhrgebiet nicht Recht gesprochen, sondern die Gesetze in gröblichster Weise verletzt haben. Sie verfügt die Aufhebung der vom Klassenhof diktierten Urteile, und wir buchen diese Maßnahme als einen Erfolg unserer fortgesetzten objektiven Kritik. Die Maßnahmen der Regierung sind freilich nur halber Natur. Wir betonen mit Schauern, in welcher entsetzlicher Weise die Militärjustiz im Ruhrgebiet gehandelt hat. Von den Standgerichten sind allein 154 Todesurteile gesprochen worden, deren Nachprüfung die Regierung zuzugibt. Wieviel Todesurteile die außerordentlichen Kriegsgerichte verhängt haben, das wird von der Regierung verschwiegen. Wir wissen nur, daß Herr Ebert bereits drei dieser Todesurteile bestätigt hat und daß diese Urteile schon vollstreckt worden sind. Die jedem Recht hohnsprechende Tätigkeit der Stand- und Kriegsgerichte müßte die Regierung veranlassen, diese mittelalterlichen Institutionen überhaupt zu beseitigen. Sie haben jede Existenzberechtigung verwirkt, sie sind ein Schandfleck für jede geordnete Rechtspflege. Es ist deshalb nur eine halbe Maßnahme, wenn die Regierung verkündet, die Kriegsgerichte „abzubauen“. Wir fordern ihre sofortige Beseitigung, damit ihnen nicht die Möglichkeit zu weiteren Rechtsverletzungen gegeben wird.

Die nationalistische Presse, in deren Parteiinteresse die Schreckensurteile der außerordentlichen Kriegsgerichte liegen, tobt wie besessen über den Erlaß der Regierung. Die „Deutsche Tageszeitung“ erblickt in ihm eine „Kapitulation vor der Strafe“, sie sieht das „Ende des Rechtsstaates“ drohend heraufsteigen, und mehr noch: der bloße Versuch der Regierung, die Rechtsverhältnisse im Ruhrgebiet zu ordnen, ist für das Hauptorgan der Rappverbrecher „ein Dokument der Kulturschande“, ist „Klassenjustiz“ allerhöchster Art. Dabei entschließt dem agrarischen Organ das Beständnis, daß die Regierung „Anführer und Schelme der gerechten Strafe entziehen läßt und sie dem Arm der Gerechtigkeit entzieht“. Ganz richtig! Nur sind diese Anführer und Schelme nicht die Arbeiter des Ruhrgebiets, sondern es sind die Schlinglinge der „Deutschen Tageszeitung“, es sind die Lüttwiler, die Ludendorffs, die Bauer, Ehrhardt und Wischoffs, die in Deutschland herumlaufen und neue Pläne gegen die Republik schmieden, ohne daß ihnen von der Regierung bisher das Handwerk gelegt wurde. Diese Verbrecher zu jäheln und die Arbeiter zu bestrafen, die sich ihnen widersetzen, das ist nach Ansicht der „Deutschen Tageszeitung“ Aufgabe einer „geordneten Rechtspflege“.

Gut, daß das alldeutsche Organ kurz vor den Wahlen dieses offene Bekenntnis ablegt! Das Ideal einer „geordneten Rechtspflege“ ist für die nationalistischen Parteien die Gorthy-Justiz in Ungarn, in deren Fußtapsen die Außerordentlichen Kriegsgerichte im Ruhrgebiet sich bewegten. Daß diese Gorthy-Justiz in Deutschland nicht einföhre, dafür müssen am 6. Juni die deutschen Wähler sorgen!

Die Aufhebung der Adelsvorrechte in Preußen.

Die preussische Regierung hat der Landesversammlung kurz vor der Vertagung noch einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen vorgelegt. Sie hat damit nur den Vorschriften des Artikels 109 der Reichsverfassung entsprochen und es ist noch sehr die Frage, ob sie es getan hätte, wenn nicht das agitatorische Bedürfnis der Koalitionsparteien hinzugesetzt wäre, noch vor den Wahlen die Unfruchtbarkeit der Modpositiv in Preußen hinter einigen dekorativen Kullissen zu verbergen. Die koalitierten Parteien hatten es mit einem Male so eilig, daß sie das Gesetz am liebsten ohne große Debatte und ohne Ausschussberatung in der letzten Sitzung vor der Wahlweise in allen drei Lesungen durchs Plenum gebilligt hätten. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an dem Widerspruch der äußersten Rechten, die damit für den Weitererwerb ihrer Privilegien eine Galgenfrist von sechs bis acht Wochen erreichte.

Unsere Fraktion wäre mit einer raschen Erledigung durchaus einverstanden gewesen. Schon im März vorigen Jahres, anlässlich der Vespredung des Regierungsprogramms, hat unser Redner, Genosse Rosenfeld, ein solches Gesetz gefordert. (Seine Worte dafür nur — wie immer, wenn es sich um parlamentarische Forderungen handelte — eine höhnische und perfide Antwort, was ihm jedoch das Vertrauen, welches ihm seine Partei entgegenbrachte, in keiner Weise schmälerte.) Wir hätten also einer beschleunigten Verabschiedung der Vorlage nicht hindernd im Wege gestanden. Das würde uns natürlich nicht von einer gründlichen Kritik abgehalten haben, denn diese fordert der Entwurf direkt heraus.

In welchem Umfange die Adelsvorrechte bis zum heutigen Tage noch bestehen, entwirft der Gesetzentwurf nur in ganz unzulänglicher Weise. Auch die Begründung schweigt sich darüber völlig aus. Und doch wäre es für die Allgemeinheit ganz interessant, dies zu erfahren. Zunächst werden wir an die uns geläufige Tatsache erinnert, daß der Artikel 4 der früheren preussischen Verfassung genau solch aufgelogter Scheinadel war, wie viele anderen Verfassungsbestimmungen auch. Dort stand:

Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich. Standesvorrechte finden nicht statt.

Wie wenig das der Wahrheit entsprach, jagt der § 1 des in Rede stehenden Gesetzentwurfs. Er lautet:

I. Die auf dem öffentlichen Recht Preußens beruhenden Vorrechte des bisherigen Adelsstandes einschließlich der Vorrechte der in Artikel 57, 58 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch genannten Familien sowie des Herzoglich Holsteinischen Fürstentums und der Mitglieder dieser Familien werden aufgehoben.

II. Aufgehoben werden insbesondere, soweit sie nicht bereits beseitigt sind:

1. das Recht eigener Gesetzgebung (Autonomie) und Gerichtsbarkeit;
2. das Recht, durch besondere Behörden oder Beamte öffentlich rechtliche Befugnisse auszuüben oder Staatsbeamte mit der Wahrnehmung hausrechtlicher Aufgaben zu beauftragen;
3. das Recht auf die Prädikate Königlich Hoheit, Hoheit, Durchlaucht und dergleichen und auf besondere Ehrungen (Bandstrauze, Ehrenwachen, Rangleigeremonien und dergleichen);
4. das Recht, Titel oder Auszeichnungen zu verleißen, die den Anschein staatlicher Titel oder Auszeichnungen zu erwecken geeignet sind;
5. das Recht, besondere Vertretung in Körperschaften des öffentlichen Rechts;
6. die Befreiung von öffentlich-rechtlichen Pflichten, Lasten und Abgaben;
7. das Recht besonderen Strafschutzes und des besonderen Gerichtsstandes vor staatlichen Behörden;
8. die Befreiung von Arrest, Verhaftung und sonstigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit;
9. das Recht der gesetzlichen Vertretung in Reichsstreitigkeiten und bei der Ableistung von Eiden;
10. das auf Grund Haus- oder Landesrecht in den Häusern der ehemaligen Landes- und Standesherrn etwa noch bestehende besondere Beschützung, Entmündigungs- und Vormundschaftsrecht sowie das besondere Recht der Ehe-schließung, namentlich auch soweit es Nachteile an eine den Ebenbürtigkeitsbegriffen des Hausrechts nicht entsprechende Ehe-schließung knüpft.

Damit sind aber die bestehenden Privilegien keineswegs erschöpft. Gerade die wichtigsten fehlen in dieser Aufzählung. Es ist gewissermaßen nur der äußere Akt, der damit beiseite wird, der juristische und politische Ueberbau, der sich über den realen Rechtsverhältnissen erhebt. Die

Amerika gibt keine Kredite mehr.

H. N. Kew York, 19. Mai.

Das auf der Konferenz in Othbe vorgeschlagene System, daß die Allierten die durch Deutschland zu bezahlende Entschädigung an Amerika zu diskontieren hätten, wird in amerikanischen Bankkreisen sehr lebhaft aufgenommen. Man glaubt, daß die Amerikaner auch nicht geneigt sein würden, die neuen Schwierigkeiten auf sich zu nehmen, die mit dem Herbeibringen der deutschen Entschädigung zusammenhängen, und daß man Garantien verlangen werde, daß jeder eventuelle Kredit nur für den Wiederaufbau und nicht für politische Zwecke verwendet werde. Man glaubt, daß die Banken nicht geneigt sein würden, deutsche Obligationen für die Bezahlung von alliierten Schulden in Amerika in Zahlung zu nehmen, ohne daß gleichzeitig die Allierten ihre Schulden inbesseren.

Da die amerikanischen Forderungen an Deutschland reichlich durch die Verschlagnahme ausländischen Besitzes garantiert sind, haben die Amerikaner kein Interesse mehr an der deutschen Entschädigung. Auch offiziell wird darauf hingewiesen, daß Amerika seine Forderungen gegenüber denen von England und Frankreich zurückzusetzen beabsichtigt. Inzwischen ist daran erinnert, daß die Kriegsfinanz-Korporation, das wichtigste amerikanische Regierungsorgan für die Bewilligung

von Krediten demnachst zu arbeiten aufhören wird, was auf die Unwahrscheinlichkeit hinweist, daß Amerika offiziell die Schuld der Allierten finanzieren will.

Ein Armeebefehl Trojki.

Barmherzigkeit gegen alle Gefangenen.

In einem Tagesbefehl, den Trojki am 13. Mai an alle Truppen der West- und Südwestfront gerichtet hat, heißt es:

Unter allen Umständen sind Gefangene und Verwundete als Gegner, die Anspruch auf Schutz haben, zu behandeln.

Wenn die polnischen Befehlshaber Russen verüben und nicht nur Kommunisten, sondern jeden Russen erschließen, der in ihre Hand fällt, so wird Sowjet-Rußland die herrschenden Klassen und nicht die polnischen Arbeiter dafür verantwortlich machen.

Jene polnischen Verbrechen verdienen nur eine Antwort: sträflichen Angriff gegen die polnischen Weissen.

Rußland sieht sich stark genug, die Verbrechen von Abenteurern nicht an irgeleiteten polnischen Arbeitern zu vergelten.

Der Wahlkampf.

Heute Donnerstag

Wahlversammlungen der U. S. P. D.

Charlottenburg. 7 Uhr: Aula der 1. Gemeindefchule, Pestalozzistraße. — 7 Uhr: Schulaula, Reipoldstraße. — 7 Uhr: Schulaula, Bielefeldstraße.
 Cönneneuborf und Umgebung. 8 Uhr bei Rauch, Schönfließer Str. 17.
 Friedebau. 7 1/2 Uhr: Realgymnasium, Hamnstraße.
 Schulaula Giesestraße 49, 7 Uhr.
 Niederfchneeweide. 7 1/2 Uhr: Dorek.
 Rahnsdorf, Wilhelmshagen, Hestewinkel. 8 Uhr bei Sorge, Paradiesgarten, Rahnsdorf.
 Schwarzenborf-Grünwald. 8 Uhr im Saale des Schäferhaujes.
 Schöneberg: Chamissofchule, Barbarofaplatz; Mlanfchule, Kolonnenftr. 22; Gethnholzfchule, Rubenstraße.

Die Geldgeber der Deutschen Volkspartei.

Die rechtsstehenden Parteien schwimmen im Gelde. Sie betreiben den Wahlkampf mit einem Riesenaufwand an Flugfchriften, Plakaten, Broschüren und ein- und mehrfarbigen Wählertagen. Die dafür erforderlichen Ausgaben gehen bei den heutigen außergewöhnlich hohen Druckkosten und Papierpreisen in die Millionen. Es ist selbstverständlich, daß die Mittel dazu nicht durch Mitgliedsbeiträge aufgebracht werden. Sie fließen den rechtsstehenden Parteien aus den Taschen der Schwerindustrie, des Bankkapitals und der Großgüter zu. Wir konnten vor mehreren Tagen eine Liste der Geldgeber der Deutschen Volkspartei veröffentlichten. Herr Stresemann beglückte uns damit mit einer Verichtigung, in der es hieß, daß von den angeführten Geldgebern kein einziger Beiträge zum Wahlfonds der Deutschen Volkspartei gesendet habe. Eine derartige Verichtigung ist natürlich immer sehr leicht abzugeben. Wir fragten deshalb Herrn Stresemann, ob er es auch abgesehen wolle, daß einer der Vorkämpfer der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, der Generaldirektor Dr. Rögner, Oberschermacher und Saboteur des Betriebsrätegesetzes, der Deutschen Volkspartei 500 000 Mark, also eine halbe Million Mark, für Wahlzwecke überwiesen hat? Herr Stresemann hat auf diese Frage bis heute keine Antwort gegeben. Das heißt soviel als daß er unsere Behauptung bestätigt hat. Wenn nun jetzt auch das Rheinisch-Westfälische Kohlenhandelsbündnis für „diese Zwecke an die Deutsche Volkspartei nichts gezahlt“ zu haben, so läßt es ja nur auf eine Prüfung der Geschäftsbücher an, um den objektiven Tatbestand einwandfrei festzustellen. Dafür wird sich aber die Deutsche Volkspartei ebenso hüten, wie die verschiedenen Interessentenverbände der Schwerindustrie.

Für uns steht jedenfalls fest, daß die Deutsche Volkspartei neben anderen Geldgebern besonders von der Schwerindustrie finanziert wird. Die Schwerindustrie will damit die Stimmen der Beamten, Angestellten und auch eines Teils der Arbeiter gewinnen. Sie will mit Hilfe der natürlichen Feinde der Großindustrie die Macht der rechtsstehenden Parteien stärken, damit das alte Herrschaftsverhältnis zwischen Arbeitern und Kapitalisten wieder hergestellt werden kann. Wer also von den Beamten und Angestellten am Wahltage für die Deutsche Volkspartei stimmt, der verkauft sich indirekt an die Schwerindustrie, der schließt sich selbst die Ketten, mit denen er in Banden gelegt werden soll.

Die alldeutschen Patrioten.

Die deutschnationale Presse wird nicht müde, täglich den „Schwachsinnigen von Versailles“ und die „faule Nachgiebigkeit“ der deutschen Regierung vor der Entente anzuprangern. Daß ihre Gesinnungsgenossen aber bereit waren, ganz Deutschland der Entente auszuliefern, wenn sie im übrigen mit einem deutschnationalen, militaristischen Regime in Deutschland einverstanden

zentralen und untergeordneten Behörden, für die das Reichswirtschaftsministerium zuständig ist, einzusetzen.

Die Vorberatungen der Sozialisierungskommission sind soweit gediehen, daß die Vorschläge für die einzelnen Wirtschaftsbereiche von Unterkommissionen ausgearbeitet werden können. Ein Entwurf für die Regelung der Kohlenwirtschaft ist bei der Unterkommission für Kohle und Koks bereits in Vorbereitung. Die Gründung weiterer Unterkommissionen ist beabsichtigt für das Gebiet der Kommunalverwaltung unter Einbeziehung der Baustoff-Industrie und für die Behandlung von wirtschaftlichen Finanzfragen, wie das Problem des Außenhandels und die Frage der gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung.

Wir werden in den nächsten Tagen ausführlicher auf die Aufgaben und die Arbeit der Sozialisierungskommission eingehen. Zur Personenfrage wollen wir nur noch bemerken, daß auch Genosse Baur als Mitglied vorgezogen war.

Was geht in Weimar vor?

Sieht acht auf den Frontbund!

Die Freilisten widerstreben mit aller Macht der Auflösung und versuchen, auf Umwegen die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern. In Weimar hat sich ein neuer Dezentrale gebildet. Von Baderborn aus werden in alle Teile des Reiches Werber geschickt, die mit gefälschten Urkunden ausstellten Soldaten für ihre Zwecke zu führen versuchen. Im Grenzgebiet haben geheime Truppenansammlungen statt, die neuangeworbenen werden dorthin dirigiert. Es soll für die aufgelösten Freilisten eine Ersatzorganisation geschaffen werden, der die Aufgabe zugewiesen ist, bei dem kommenden Witz die Führung zu übernehmen. Der Frontbund, der schon an dem Verbrechen des 13. März beteiligt war, steht hinter der Organisation; er leitet die vorbereitenden Arbeiten.

Am 13. Mai war in Baderborn eine große Zusammenkunft, an der mehr als 100 Vertreter aus allen Teilen Deutschlands beteiligt waren. Auch in Hamm fand eine Versammlung statt. Die Vertreter, die zum größten Teil der Reichswehr oder den Freilisten angehören, führen auf Kosten der Staatskasse. Sie bekamen 14 Mark Tagesgelde, freie Fahrt, teilweise wurden ihnen sogar Overtaxwagen zur Verfügung ge-

geben wäre, geht der Bericht des französischen Korrespondenten Ambroise Got, den er im Pariser „Excelsior“ über eine Unterredung mit dem Hauptmann Babb, der Seele des Putsch vom 13. März, veröffentlichte. Got sprach ihn am 18. April 1919 im Berliner Edenhofel, also am Sitz der berühmten Garde-Kavallerie-Schützen-Division, wobei Herr Babb die Wünsche der monarchistischen Militärs — hinter denen, wie der Marschall lehrt, noch und ganz die Deutschnationalen stehen — also formuliert:

„Die Entente solle von Deutschland den Ersatz der Regierung Scheidemann durch eine Diktatur Roske verlangen. Roske ist unser Werkzeug, so daß ich, Babb, zu seinem Unterstaatssekretär würde ernannt werden.“ Die Regierung Roske werde sich mit der Entente auf der Basis des gemeinsamen Angriffs gegen das bolschewistische Rußland verständigen. Die Entente könne mit ihren Truppen Deutschland besetzen, damit Deutschland seine ganze Streitmacht für den Kampf gegen Rußland freibekomme. Die französischen Truppen würden mit offenen Armen von der Masse der Bevölkerung aufgenommen werden, da sie vor Freude weinen würde bei dem Gedanken, von der bolschewistischen Bedrohung befreit zu werden.“ England solle die Russen im Norden angreifen, Deutschland in der Mitte, Frankreich im Süden.“

„Roske ist unser Werkzeug“; und mit diesem Werkzeug haben es die alldeutschen Herrschaften trefflich verstanden, die Republik Deutschland zu einem Tumultplatz wüster Reaktionen angepalten. Dabei freilich die Vaterlandslieder der Reaktionäre ins rechte Licht gestellt wurde; sie ist nichts weiter als der Ausfluß nachster Interessenpolitik und hat mit Ethik und Moral sozial gemein wie der Witzhaufen mit dem Perle. Wenn diesem Besten nicht am 6. Juni eine kräftige Quittung bereitet wird, wird es nicht mehr lange dauern, bis zur Verwirklichung seiner löchlichen Pläne!

10 692 000 Menschen

Steben auf dem Felde der „Ehre“.

5 125 000 Zivilpersonen

starben an Unterernährung, Seuchen und Verfolgungen während des Krieges.

20 Millionen Kinder

wurden zu wenig geboren, weil die männliche Bevölkerung unter den Waffen stand. Die Zahl der zeugungsfähigen Bevölkerung Europas hat sich um

12 Millionen

gemindert. Ein weiterer Teil kehrt verkrüppelt oder geistlichkrank in die Heimat zurück. Auf 1180 im Alter von 18—45 Jahren stehende Frauen kommen nur noch 1000 Männer in der gleichen Altersklasse. Der wirtschaftliche Niedergang hemmt auch die Zeugungsfähigkeit. Das sind Umstände, die die Geburtenzahl noch Jahre hinunterdrücken werden und deren Beachtung eine totale Wende der Menschheit um 40—41 Millionen ergibt. Allein in Deutschland betrug der

Geburtenrückgang über 3 1/2 Millionen, die Kriegsverluste 2 100 000.

Die Zahl der an Unterernährung und Seuchen zugrunde Gegangenen 700 000.

Das sind die Folgen der kapitalistischen und imperialistischen Politik.

Arbeiter und Arbeiterinnen, wollt Ihr eine Wiederkehr eines solchen Gemetzels unmöglich machen, wollt Ihr eine Politik der Völkerveröhnung fördern, so wählt am

6. Juni die Liste der U. S. P. D.

weiteren sind das Entscheidende. Ihnen beizukommen, wird in dem Gesetzentwurf auch wieder in unzulänglicher Weise versucht.

Die Hausvermögen (Fideikommiss) sollen der Ausübung verfallen. Bis zum 1. April 1923 ist den hohen Herrschaften Zeit gelassen, die Ausübung freiwillig herbeizuführen. Im andern Falle ist Zwangsauflösung angedroht. Die Fideikommiss sind unteilbare, unüberäußerliche und unpfändbare Vermögensobjekte, meist Grundbesitz, die immer nur an einen Alleinerben, in der Regel den Erstgeborenen übergeben. Im Jahre 1912 hatten wir in Preußen 37 Kreise, in denen mehr als 90 Prozent bis zu 63 Prozent der gesamten Kreisfläche fideikommissarisch gebunden waren. In ganz Preußen waren 7 Prozent der Gesamtläche Fideikommiss, wovon mehr als ein Viertel regierenden Häusern und Standesherrn gehörten. Die 1160 Inhaber der 1277 Fideikommiss waren:

25 Mitglieder regierender Häuser	mit 227 941 ha
37 Standesherrn	201 511
29 Angehörige sonstiger kgl. Häuser	276 799
309 Grafen	825 621
664 sonstige Adlige	773 943
136 Bürgerliche	58 406

Wie sehr sich der Grundbesitz in einzelnen Händen konzentriert, zeigt aus folgender Aufstellung hervor. Es nennen z. B. für Eisen: König von Preußen 83; Fürst Biele 75; Fürst zu Salm 62; Herzog von Mecklenburg 54; Herzog v. Mecklenburg 52; Herzog von Sagan 39; Graf Redern 34; General v. Donnersmarck auf Rauded 34; General von Donnersmarck auf Noelo 21; v. Dieck-Winkler 25 Güter.

Solch gekünstelter Besitz verleiht großen politischen Einfluß. Der ist denn auch vom Adel reichlich mißbraucht worden, um als notleidender Landwirt gesetzliche Begünstigungen, wie Pöle, Fruchtzölle oder Steuerprivilegien, auf Kosten der Allgemeinheit heranzuschlagen. Er wurde aber auch dazu ausgenutzt, die infolge der Einzelkultur vom Erbe ausgeschlossenen Angehörigen in gutbezogene und einflußreiche Ämter und Ämtern zu bringen. Der ganze staatliche Verwaltungsapparat und das Militär geriet so in die Hände des Adels und befindet sich auch heute noch zum größten Teil darin. Wenn nun die Fideikommiss aufgelöst werden, wird damit das wirtschaftliche Fundament des bis zum heutigen Tage noch ungeborenen Feudalismus zerstört.

Neben der politischen Bedeutung hat diese Maßnahme aber auch eine wirtschaftliche. Es ist eine fast allgemein anerkannte Tatsache, daß die Bodenerwirtschaftung bei den Fideikommissen eine mangelhafte ist. Die Gründe dafür sind zu erörtern, würde zu weit führen. Die Lösung aber, die das Gesetz vorsieht, wird dieser Seite der Frage nicht gerecht. Die weitgehende Zerstückelung des Fideikommissbesitzes, die die notwendige Folge ist, gewährt nicht eine rationelle Bewirtschaftung. Da wäre schon, wenn man sich durchaus auf den Boden längst überholter Eigentums- und Rechtsbegriffe stellen will, wie es die Vorlage tut, eine genossenschaftliche Zusammenfassung vorzuziehen.

Wir, die wir das Privateigentum an den Produktionsmitteln bekämpfen, wollen das Gesetz so ausgestaltet sehen, daß der Fideikommissbesitz in das Gemeinvermögen übergeführt wird. In diesem Entschluß muß man um so fester stehen, wenn man die Entstehung der Volkshungrigen ins Auge faßt und an das Bauernlegen sowie die sonstigen „Rechts“mittel der adeligen Landräuber früherer Zeiten ins Auge faßt.

Neben alledem läßt der Entwurf eine Anzahl sehr wichtiger Vorzüge gänzlich unberührt. Die firden- und schuldrechtliche Sonderstellung des Adels soll besonderer gesetzlicher Regelung vorbehalten bleiben. Wie lange wird diese auf sich warten lassen? Und wie außerordentlich dringend ist sie! Denken wir nur an das himmelstreichende Elend des ländlichen Schulweens, das seine Wurzel vorwiegend in dem gutsherrlichen Patronatsrecht hat.

Auch die Regale und sonstigen vermögenswerten Berechtigungen sollen gesondert geregelt werden. Welche Bedeutung diese haben, sei nur an einem Beispiele gezeigt. Das Verprechen des Herzogs von Ansbach hat diesem weit über 20 Millionen eingetragen. Wir müssen unbedingt darauf bestehen, daß die Aufhebung aller Vorrechte durch das Gesetz bewirkt wird, sonst hat es überhaupt nur einen deklamatorischen Wert.

Selbstheit und rücksichtslosste Schöpfung sogenannter „Vorkriegsvorrechte“ Rechte sind das Kennzeichen des Gesetzentwurfs. Daß die Regierung damit wichtige Ansprüche des, nicht zuletzt durch die Adelskürve, in tiefes Elend gestürzten Volkes verliert, ist für uns ein Grund mehr, uns mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß ganze Arbeit verrichtet wird. Der Ausgang der Reichstagswahlen wird nicht ohne Einfluß darauf sein, ob uns das gelingt oder ob die Hoffnung der Medien, durch den Nurdurch der Entscheidung über das Gesetz vieles oder alles zu retten, sich verwirklicht.

Einberufung der Sozialisierungskommission.

In den nächsten Tagen erscheint im „Reichsanzeiger“ ein Erlass des Reichspräsidenten über die Einberufung und die Befugnisse der Sozialisierungskommission. Der Erlass gibt dem Reichswirtschaftsminister das Recht, die Kommission nach ihren Vorschlägen zu ergänzen. Die Gesamtzahl der Mitglieder soll 30 nicht übersteigen. Der Sozialisierungskommission gehören an: Prof. Wallat, Friedrich Baltusch, Dr. Adolf Braun, Adolf Cohen, Dr. Rudolf Hilferding, Otto Hue, Dr. Kaufmann, Karl Kaufmann, Die Hans Krämer, Dr. Karl Melchior, Dr. Robert Neumann, Prof. Dr. Emil Lederer, Prof. Hugo Lindemann, Franz Neustadt, Dr. Walter Rathenau, Karl Friedrich von Siemens, Prof. Dr. Joseph Schumpeter, Paul Umbreit, Generaldirektor Dr. Vogelstein, Prof. Alfred Weber und Rudolf Wissell.

Die Sozialisierungskommission hat das Recht, auf Grund ihrer Arbeiten der Reichsregierung Vorschläge zu geschlagen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinwirtschaftlicher Art zu unterbreiten und Anregungen zu einer wirtschaftlichen und zweckmäßigeren Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe, insbesondere der Post und Eisenbahn, zu geben. Sie hat das Recht der Veröffentlichung ihrer Vorschläge sowie der Begutachtung von gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen bei ihrer Vorbereitung. Zur Durchführung ihrer Arbeiten ist die Sozialisierungskommission ermächtigt, von den Bestimmungen über die Ausnahmestellung Gebrauch zu machen. Ihre Mitglieder gelten in diesem Falle als Beauftragte der Reichsregierung. Außerdem ist sie befugt, die zu ihren Arbeiten erforderlichen Auskünfte bei allen

stelt. Bei der ersten Besprechung in Baderborn erklärte einer der Vertreter, daß die Anhänger des Frontbundes die Kettenbunde seien, die ihrem Führer eines Tages an den Hals springen würden. In Hamm haben die Frontbündler auf eigene Faust das Gewerkschaftsbündnis mit Beschlag belegt und dort ihre Besprechungen abgehalten, wobei sie sogar eine bis an die Zähne bewaffnete Wache mitbrachten, damit die Tagung vor jeder Störung geschützt war. Die Gewerkschaftsführer, die gegen die Beschlagnahme des Gewerkschaftsbündnisses protestierten, erhielten von einem Unteroffizier die Antwort: „In drei bis vier Wochen werdet ihr etwas erleben, wir werden gegebenenfalls auch gegen die Reichswehr mit der Waffe in der Hand kämpfen, wenn sie uns Schwirzletten, mögen sollte.“ Der Reichswirtschaftsverband der deutschen Berufssozialisten protestiert gegen das Gebahren der Frontbündler. Das Reichswirtschaftsministerium ist von den Plänen dieser Organisation unterrichtet, hat aber bisher noch keine Maßnahmen dagegen getroffen. Ein gewisser Teil der Reichswirtschaftler sympathisiert ganz offen mit dem neuen Unternehmen. Es ist jedenfalls höchst charakteristisch, daß den in Hamm und Baderborn versammelten Vertretern Fleisch- und Brotportionen in übergroßer Fülle verabreicht wurden, die aus den Beständen der Provinzialämter entnommen waren.

Die Bestrebungen des Frontbundes hängen sicher mit den Neuerungen zusammen, die in der nationalistischen Presse in den letzten Tagen laut geworden sind. Es wurde dort ganz offen erklärt, daß ein Bürgerkrieg unvermeidlich sei, ganz gleich, welchen Ausgang die Wahlen nehmen würden. Der Bürgerkrieg ist also das erstrebenswerte Ziel der rechtsstehenden Parteien! In Weimar und in vielen anderen Orten und Provinzen Deutschlands werden die Pläne dazu geschmiedet. Die Arbeiterschaft möge auf der Hut sein. Sie wird den Kampf, wenn er ihr aufgetragen wird, nur siegreich abschließen können, wenn sie sich nicht überrempeln läßt.

Personalveränderungen in der preussischen Verwaltung. Zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf ist der Stadtrat Gröhner bestellt worden. Zum Präsidenten des Steuerbeamtenverbandes in Mülheim am Ruhr ist der Oberbürgermeister Wählens aus Sandborn und zum Regierungspräsidenten in Minden der Erste Bürgermeister Dr. Hugo Weiler aus Euhl ernannt worden. — Der tammschaftliche Landrat in Paderborn, Regierungsjessior Regeler, ist zum Landrat bestellt worden.

Die Miesssteuer.

Die Regierung hat der Nationalversammlung eine Vorlage unterbreitet, wonach durch die Erhebung einer Steuer auf Wohnungsmieten ein Baukostenausgleich geschaffen werden soll. Von einem Steuerbetrag in Höhe von 10 Prozent der Mieten erwartet man eine Gesamteinnahme von 500 Millionen Mark. Die Regierung begründet diese Steuer in folgender Weise:

Die Mieten sind bisher infolge der Maßnahmen der Regierung nur in verhältnismäßig geringer Weise gesteigert worden. Hätten die Hauswirte Gelegenheit gehabt, die Mietpreise der allgemeinen Steigerung der Warenpreise anzupassen, so müßten die Mieter heute mindestens das Zehnfache dessen zahlen, was sie vor dem Kriege für die Miete aufzubringen hatten. Der Bau neuer Wohnhäuser ist dem Privatkapital bei den ungeheuer gestiegenen Materialpreisen und Arbeitslöhnen nicht möglich, solange sich die Mieten auf dem bisherigen Stande halten. Die Kosten für den Bau einer Mietwohnung betragen mindestens das Zehnfache der Vorkriegspreise, die Mieter müßten also, wenn Privatunternehmer bauen, in den neuen Häusern in das gleiche Verhältnis gesetzt werden. Es bleibt also nur übrig, den Wohnungsbau mit öffentlichen Mitteln zu unternehmen. Um die Mieten für diese neuen Häuser den Mietern der alten Gebäude anzupassen, muß ein erheblicher Teil der Baukosten auf das Reich übernommen werden, also Baukostenzuschüsse à fond perdu geleistet werden. Damit ist im vorigen Jahre bereits der Anfang gemacht worden, die Mittel des Reichs sind jedoch für diesen Zweck zu Ende. Wenn neue Mittel dazu bewilligt werden sollen, so muß die Deckung dafür da sein. Diese Deckung sollen nun die Miesssteuern erbringen.

Ohne Zweifel ist der Bau neuer Wohnungen eine der dringendsten Notwendigkeiten. Die Wohnungsnot in Berlin ebenso wie im ganzen Reich schreit zum Himmel. Die etwa 30 000 neuen Wohnungen, die seit Kriegsende im ganzen Reich erstellt worden sind, haben nicht die mindeste Erleichterung gebracht. Nun ist schon der Betrag von 500 Millionen Mark, der durch die Miesssteuer aufgebracht werden soll, in Anbetracht des ungeheuren Bedarfs an neuen Wohnungen so geringfügig, daß auch hier eine wesentliche Besserung auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht erwartet werden darf. Noch schlimmer ist es aber, daß die neue Steuer, so sehr man auch ihren Zweck billigen mag, im höchsten Grade unsozial wirken muß. Die Miesssteuer ist weiter nichts als eine indirekte Steuer, und es verhält sich dabei nicht, daß man die Mieter damit tröstet, sie hätten ohne die Zwangsmaßnahmen gegen die Miesssteigerungen heute weitlich mehr an Mieten zahlen müssen als die Steuer ausmacht. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß der Aufwand für die Wohnungsmiete im Verhältnis um so größer ist, je geringer das Einkommen sich stellt. Vor dem Kriege mußte die minderbemittelte Bevölkerung ein Drittel bis ein Fünftel ihres Einkommens für Miete hergeben. Bei den bestehenden Löhnen war dieser Prozentsatz wesentlich geringer, je höher das Einkommen, desto kleiner wurde der Anteil der Miete in dem Gesamtbudget. Das Verhältnis ist heute etwas günstiger, die Mieten sind den allgemeinen Preissteigerungen nicht gefolgt, deshalb macht die Ausgabe für die Miete im Arbeiterhaushalt heute einen wesentlich geringeren Anteil aus.

Aber trotzdem muß eine Miesssteuer die minderbemittelte Bevölkerung am härtesten treffen. Jede neue Ausgabe, und mag sie zuerst als noch so geringfügig bezeichnet werden, erschwert ungeheuer die Lebenshaltung der nichtbesitzenden Bevölkerung. Wird die Miesssteuer gleichmäßig, ohne Rücksicht auf das Einkommen, erhoben, so wirkt sie um so schlimmer, je geringer das Einkommen ist. Deshalb muß zum mindesten gefordert werden, daß die Miesssteuer progressiv nach oben gestaffelt wird, und daß vor allen Dingen die Größe der Wohnung und die Höhe des Einkommens dabei in Betracht gezogen werden. Um auch die Bedingen mit höheren Einkommen zu erfassen, die keine eigene Wohnung besitzen, wäre es überhaupt am besten, an die Stelle dieser Miesssteuer einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben, der ja als Mietzuschlag bezeichnet werden könnte.

Aufs gründlichste kann den Wohnungszweck allerdings nur zu Leide gegangen werden, wenn mit der Sozialisierung des Grundbesitzes, zum mindesten des städtischen Grundbesitzes, sofort begonnen wird. Gerade die Tatsache, daß es gelungen ist, die Renten für den städtischen Grundbesitz verhältnismäßig niedrig zu halten, gibt die Möglichkeit, selbst bei einer Entschädigung der Hausagrarier, die Ueberführung des Grundbesitzes in Gemeineigentum zu einer nützlichen Wertbemessung durchzuführen. Selbstverständlich dürfte dann auch das baureife Wohngeleände nicht etwa zu Preisen übernommen werden, die der allgemeinen Aufblähung der Werte, sondern der dem Preisstande vor dem Kriege entsprechen. Dadurch würden sich die Baukosten zu einem erheblichen Teile ermäßigen. Würde die Herstellung der Baumaterialien in gemeinwirtschaftlicher Rentie vorgenommen werden, so wären auch dadurch Verbesserungen zu erzielen; vor allem aber hätte man dann die Gewißheit, daß die Baukostenzuschüsse nicht dem Privatkapital zufließen, sondern der Gesamtheit der Wohnungsbedürftigen zu Gute kommen.

Darum ist auch in dieser Frage die Sozialisierung, die Vergesellschaftung des Grund und Bodens das erste und letzte Wort für ihre Lösung. Die kapitalistische Wirtschaft zeigt auch bei der Bekämpfung des Wohnungszweckes ihre Unfähigkeit zur Lösung sozialer Probleme.

Das Ende der „Hohellen“

Auf eine Anfrage der demokratischen Abgeordneten Brodau und Quide hat der Reichsjustizminister folgende Antwort erteilt: Nach Mitteilung der preussischen Staatsregierung gewährt diese im amtlichen Verzeichnis die Prädikate „Königliche Hoheit, Hoheit, Durchlaucht, Erlaucht“ usw. nicht mehr; sie erachtet diese Prädikate, soweit sie Mitglieder der bisher in Deutschland regierenden, der insolge des Jahres 1900 depossedierten und der kaiserlichen Familien aufwanden, durch den in allen deutschen Staaten erfolgten Uebergang von der monarchischen zur republikanischen Staatsform

ohne weiteres für fortgefallen, weil sie in unmittelbarer Verbindung mit der in Deutschland nicht mehr vorhandenen monarchischen Staatsform gestanden haben.“

Diese eigentlich selbstverständliche Auslegung wird reaktionäre Beamte vom Schlage des Herrn Landgerichtsdirektors Baumbach nicht hindern, Hohenzollern- und sonstige kaiserliche Sprößlinge, wenn sie vor Gericht stehen, oberuntertänig mit „Königliche Hoheit“ und „Durchlaucht“ zu titulieren. Die Leute vom Schlage des Herrn Baumbach sind sicher schon in ihrem Untertanenbewußtsein verlehrt, daß ordentliche Prinzen überhaupt vor Gericht gestellt werden. Und sie können sich ihre persönliche Auffassung erlauben, denn von der Regierung haben sie keinen Tadel zu erwarten. Die erlaucht wohl Verordnungen und Anweisungen, ist aber viel zu feige, um deren strikte Anerkennung und Befolgung durchzusetzen.

Bayern und die ohnmächtige Reichsregierung.

Die Tatsache, daß sich Lüttich, Bauer und Bischoff in Bayern aufhalten, kann von der Regierung nicht bestritten werden. Sie geht sich schamhaft ein, daß auch sie an diese „Möglichkeit“ glaube. Aber mehr, die Regierung selbst konstruiert einen Zusammenhang zwischen den militärischen Exzessen in Bayern und dem Aufstand der Lüttich-Bischoff-Bauer. Bekanntlich haben in letzter Zeit Exzesse begonnen, die auf eine Verfallung des bayerischen Anteils an der Reichswehr hinarbeiten. Die reaktionäre bayerische Presse brüllt sich, ganz offensichtlich, offiziell von der Regierung des Herrn Kahr angeleitet, darüber, daß der bayerische Anteil an der Reichswehr zu niedrig bemessen sei. Das Reichswehrministerium betont dagegen, daß die Verteilung nach dem von Bayern selbst gebilligten Verteilungsschlüssel erfolgt sei. Diese Exzesse, die, wie gesagt, die Regierung selber, wenn auch verheimlicht und jaghaft mit den Lüttichpartisanen in Zusammenhang bringt, haben den offensichtlichsten Zweck, einen Konflikt zwischen der bayerischen Reichswehr und dem Reichswehrministerium zu schaffen. Der Plan der Lüttichpartisanen ist klar: mit Hilfe der reaktionären bayerischen Regierung verhindern sie zunächst die Auflösung der Einwohnereinheiten und Freikorps, ebenso die Verminde rung der Reichswehr, bemessen die reaktionären Studenten und Bougeois, halten mit Hilfe des Belagerungszustandes jede Protestbewegung der Arbeiterschaft nieder, korbeln und genießen die reaktionäre Presse — zur gegebenen Zeit werden sie dann den Konflikt mit dem Reich provozieren, der ihnen mit Hilfe ihrer geheimen Organisationen in Pommern und Ostpreußen das ganze Reich in die Hand liefern soll.

Der Reichsregierung sind diese Pläne nicht unbekannt. Sie wagt kein Wort des Einspruchs oder Protestes. Sie hat nicht den Mut, den Belagerungszustand aufzuheben, obwohl sie weiß, daß er eine unerhörte Anhebung der linken Parteien im Wahlkampf bedeutet, ist doch unser Münchener Parteiorgan „Der Kampf“ noch heute verboten. Dasselbe wendet die Regierung sich an die Presse, die auf die Zustände in Bayern hinweisen soll. Die Regierung scheint nicht zu fühlen, wie lächerlich sie sich in ihrer Ohnmacht darstellt. Sie trägt die Verantwortung dafür, wenn durch den Belagerungszustand die Arbeiterschaft im Kampfe gegen die bayerischen Reaktionen und die Beförderer der Reichseinheit geknebelt werden.

Die Absperrung auf den Werften.

Wir berichteten vor einiger Zeit, daß die Werftkapitalisten die Differenzen mit den Angestellten der Werftbetriebe zum Anlaß genommen haben, um den Streik der Werftangestellten mit der Absperrung der Werftarbeiter zu beantworten. Die Bewegung verdient um deswillen die Beachtung der gesamten Arbeiterschaft, weil das Werftkapital schon einmal bei der Entscheidung über große, wichtige Fragen des Arbeitsverhältnisses vorausgegangen ist, um den Willen des Unternehmertums durchzusetzen. Damals handelte es sich um die Einführung der Akkordarbeit, die den Arbeitern durch gewalttätige Schließung der Betriebe aufgezwungen wurde. Es hat den Anschein, als sei das Werftkapital auch diesmal der Vortrupp des Unternehmertums. Alle Verhandlungen über Löhne die gegenwärtig im Gange sind, zeigen einen heftigen Widerstand der Unternehmer gegen weitere Lohn erhöhungen. Die zum Teil nur in der Phantasie bestehende, zum Teil im Massenkonsum noch gar nicht fühlbare Preisminde rung für einige Artikel des Lebensbedarfs bildet den Vorwand für dieses Verhalten des Unternehmertums. Das Werftkapital scheint wiederum dazu ansetzen zu sein, das große Beispiel dafür zu geben, wie es gemacht werden muß, um den Willen der kämpfenden Arbeiterschaft zu brechen.

Nach Blohm und Böh und einigen anderen Betrieben haben nunmehr auch die Vulkanwerke in Hamburg ihren Betrieb geschlossen und die Entlassung sämtlicher Arbeiter, mit Ausnahme der Notstandsarbeiter, ausgesprochen. Obwohl die streikenden Angestellten jederzeit zu Verhandlungen bereit sind und bei allen bisherigen Verhandlungen großes Entgegenkommen gezeigt haben, greift das Unternehmertum zu den schärfsten Mitteln. Die Hamburger Werftangestellten hielten am 18. Mai eine hart besuchte Versammlung ab, wo sie angesichts der verschärfsten Lage aufs neue ihre Verhandlungsbereitschaft erklärten. Alle Verhandlungen seien bisher durch die ablehnende Haltung der Werftinhaber gescheitert. Es könne jetzt nur noch durch Vermittlung der Regierung eine Einigung erzielt werden. Die Angestellten hoffen, daß das Reichsarbeitsministerium in den nächsten Tagen eingreifen werde.

Weitere Besserung der Baluta.

Die Kurse der deutschen Mark sind gestern auf den ausländischen Börsen wiederum in die Höhe gegangen. In Amsterdam wurde sie mit 596, in Kopenhagen mit 19,30, in Stockholm mit 10,40, in Zürich mit 12,50 bemerkt. Dementsprechend stiegen auf der Berliner Börse die Kurse für die ausländischen Wechsel. Für 100 holländische Gulden wurden 1878 M., für 100 dänische Kronen 744,25 M., für das englische Pfund 174,30 M., für den amerikanischen Dollar 45,45 M. bezahlt. Die Schweizerischen Franken, für die gestern kein Kurs notiert wurde, standen am Dienstag auf 836,00 M.

Die Besserung der Baluta hat die Stimmung an der Börse noch weiter verschlechtert. Es wird behauptet, daß das Ausfuhr-

geschäft dadurch ins Stocken gerate. Die Kurse für die Industriepapiere gingen weiter erheblich zurück. Die Hebung des Markturtes wird in Verbindung gebracht mit den Transaktionen des amerikanischen Kapitals auf dem deutschen Markt, die sich besonders in der Beteiligung an der Elektrizitätsindustrie und bei den Schiffahrtunternehmungen zeigen.

Die Abstimmungsfrage in Oberschlesien.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Auf dem ober schlesischen Parteitag der U. S. P. zu Mettwitz hat das von den nationalistischen Kämpfern hart umbrandete internationale Massenbewußtsein des ober schlesischen Proletariats eine Stärkung erfahren. Unsere ober schlesischen Parteigenossen stehen vor einer schweren Zeit. Darum ist der harmonische Verlauf des Partitages doppelt zu begrüßen. Nach Erledigung wichtiger Fragen über Organisation und Presse der Partei referierte Genosse Spill aus Kattowitz über die Abstimmungsfrage in Oberschlesien. Neben der bereits telegraphisch mitgeteilten Resolution fand folgende Entschlie ßung Annahme:

„Der Beschluß des vorjährigen Partitages wird aufrecht erhalten. Die Partei gibt eine Parole zur Volksabstimmung weder für Deutschland noch für Polen aus, weil die U. S. P. in Oberschlesien auf internationaler Grundlage steht und Deutsche und Polen unter ihrem revolutionären Banner vereint. Ueber die Staatenfrage der Volksabstimmung ragt an Wichtigkeit der internationale Sozialismus weit empor. Von diesem Standpunkte des internationalen Sozialismus muß auch das ober schlesische Proletariat das ober schlesische Plebiszit betrachten.“

Die beiden ersten unabhängigen Landräte.

Auf Vorschlag des Oberpräsidenten Hüfing ist der unabhängige Reichstagsabgeordnete Hauke zum Landrat in Bitterfeld und der unabhängige Redakteur Kasperecke zum Landrat in Sangershausen ernannt worden. Die Ernennungen entsprechen den Wünschen der Reichstags-

Poincarés Gründe für seinen Rücktritt.

H. N. Paris, 10. Mai.

In seinem Schreiben an Millerand anlässlich seines Rücktrittes vom Präsidium der Wiederherstellungs kommission sagt Poincaré u. a.: Die Unterhandlungen, die soeben zwischen dem Regierungschef von Großbritannien und Frankreich stattgefunden haben, scheinen ihm darin zu gipfeln, daß die Wiederherstellungskommission aufgegeben wird, indem man ihr ihre schwierigste Aufgabe abnimmt. Er sei deshalb der Ansicht, daß unter diesen Umständen seine Anwesenheit an der Spitze der französischen Delegation künftighin nicht mehr von besonderem Nutzen sein könne.

Mit dem Rücktritt des Expräsidenten Poincaré, der durch den ehemaligen Handelsminister Louis Dubois ersetzt wurde, ist der schärfste Vertreter der Zertrümmerungspolitik gegen Deutschland abgetreten. Daß ihm die Anbahnung einer Verständigung mit Deutschland ein Dorn im Auge ist, erscheint bei diesem extremen Vertreter des rein französischen Standpunktes nur natürlich. Er sieht in dem vernünftigen und überhaupt einzig möglichen Weg der gemeinsamen Beratung über die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands nichts weiter als eine Verletzung des Versailler Vertrages, für dessen schärfste Durchführung er eintritt. Mit dem Rücktritt Poincarés dürfte auch in der Wiedergutmachungsfrage der unveröhnliche französische Standpunkt einer ruhigeren, vernunftgemäßen Auffassung weichen.

Keine Munition nach Sowjetrußland.

Zur Nachahmung empfohlen!

Amsterd., 19. Mai.

Wie „Allgemeine Handelsblad“ aus London meldet, hat die Konferenz der Eisenarbeitervereinigungen in Plymouth beschlossen, weitere Lieferungen von Munition zum Gebrauch gegen Sowjetrußland zu verbieten.

Debs sozialistischer Präsidentschaftskandidat in Amerika.

Auf dem nationalen Kongreß der amerikanischen Sozialistenpartei wurde unter außerordentlicher Begeisterung Debs als Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Debs vertritt gegenwärtig eine 10jährige Gefängnisstrafe, die ihm im „demokratischen“ Amerika wegen seiner Agitation gegen den Krieg auferlegt wurde.

Das für die Präsidentschaftswahl angenommene Programm umfaßt eine scharfe Ablehnung des Versailler Vertrages, setzt der Gesellschaft der Nationen die Völkerrliga entgegen und protestiert gegen die Deportation von Sozialisten und gegen die Verbrechen der Kriegsgewinnler. Im Programm wird ferner die allgemeine Abrüstung, die Anerkennung der irischen Republik und der Abschluß des Friedens mit Rußland verlangt. Hinsichtlich der inneren Politik wird im Programm die Anerkennung aller bürgerlichen und politischen Rechte der Regier., die Verstaatlichung aller großen Monopole wie Eisenbahnen, Bergwerke, Banken usw., gefordert.

Die bürgerliche Presse von New York gibt zu, daß auf Debs eine sehr große Zahl von Stimmen fallen werde.

3. Wahlkampfnummer der

„FREIEN WELT“

Wichtige Kriegstabellen
Bilder aus dem Schützengraben
Das Wüten des Militarismus in Frankreich und Belgien (im Bilde)
Demonstration für Sowjetrußland
Arbeiterwehr in Kiel

Preis des Heftes 50 Pfennig

A. Wertheim

Billige
Pfingst-Angebote

Große Preisermäßigung für Schuhwaren

Wir bringen viele Sorten Schuhwaren für Damen, Herren und Kinder zu erheblich herabgesetzten Preisen zum Verkauf

Die neuen Preise sind neben den bisherigen vermerkt, sodaß sich jeder Käufer von den außerordentlichen Preisermäßigungen überzeugen kann

Am Wäschelager:

Waschbluse	farbig gestreifter Batist, mit weißer Passe	48 ⁰⁰
Waschbluse	weißer Velle, reich gestickt	67 ⁰⁰
Waschbluse	weißer Velle, reich gestickt, Kimono	76 ⁰⁰
Waschbluse	weißer, gestickter Voile, mit Jabot	115 ⁰⁰
Waschbluse	weißer, gestickter Velle, Schoßbluse mit Initiierter Filletspitze	135 ⁰⁰

Preiswerte Herrenartikel

Sportkragen	weiß, weich von 6 ⁷⁵ an	Herren-Strohhüte	21 ⁰⁰ 31 ⁰⁰
Vorhemd	farbig Zephir 5 ⁵⁰ 7 ⁵⁰	Weiche Herrenhüte	75 ⁰⁰
Selbstbinder	breite Form 14 ⁵⁰ 16 ⁵⁰	Oberhemd	farbig Perkal, aparte Muster, mit Stehummarmanschette und passenden weichen Kragen
Strickbinder	neue Muster 16 ⁵⁰ 22 ⁵⁰	Sporthemd	weiß, Stehummarmanschette
Hosenträger	Endwell-Imitation 8 ⁵⁰		125 ⁰⁰ 115 ⁰⁰

Damen-Handschuhe	Seide, porös, weiß u. schwarz, 2 Druckkn.	12 ⁵⁰
Damen-Handschuhe	Leinwandersatz, weiß, farbig, schwarz, 2 Drk.	16 ⁵⁰
Damen-Handschuhe	Seide, glatt, weiß, farbig u. schwarz, 2 Drk.	18 ⁵⁰

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne

Theater am Bismarckplatz
Til: Das Käthchen v. Heilbrunn

Neues Volkstheater

Königsplatz 66
Die Hoffnung auf Sagen

Staatstheater

Opernhaus
7 Uhr: Licht, Versiegt, Kostümball

Schauspielhaus

4 Uhr: Der Kronprinz

Deutsches Theater

7 1/2 Uhr: Candida

Kammerspiele

7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen

Großes Schauspielhaus

Karlstraße
7 1/2 Uhr: Orestes

Königsplatz

50: D. große Katharina u. Mit d. Feuer spielen

Komödienhaus

48 Uhr: Der Herr Minister

Berliner Theater

48 Uhr: Der letzte Walzer mit Fritz Masaryk

Lessing - Theater

7 1/2 Uhr: Frau Warrens Gewerbe

Deutsch-Künstl.-Theater

Abend: Menagerie

Neues Operettenhaus

Direktor: Jean Kren
Abend: 7 Uhr: Prinzessin Friedl

Trianon - Theater

(Bahnhof Friedrichstraße)
Täglich 8 Uhr: Ida Wüst in Myrrha

Residenz - Theater

Stadtbahn / Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr: Die Raschhoffs

Kammerspiele

50: Schönheitsfinze

Theat. u. Kottbus. Vor

Tel. Moritzplatz 14914
Abend: 7 1/2 Uhr

Elite-Sänger

Bühnen-Konzert
Vork. 11-12, s. 4-6 U.

Walhalla-Theater

Täglich 7 1/2 Uhr:
Unsere Magdalenen.
Stg. nachm. 3 1/2 U.: Das Gesetz

Rose-Theater

3 Uhr: Offiziere
Gartenbühne:
7 1/2 Uhr: Das Lied der Liebe

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218.
Täglich 7 1/2 Uhr:
7 1/2 Soontags 3 1/2 u. 7 1/2

Berliner Prater

Kastanien-Allee 7-9
Ab Pflanzung: Täglich:
12 Varieté-Sensationen 12
An beiden Pflanzungen:
Großes Extra-Früh-Konzert

Casino-Theater

Täglich:
7 1/2 Uhr: Onkel Cohn
An allen Pflanzungen nachm. 3 1/2
Der falsche Cousin.

Voigt-Theater

Baderstraße 58.
In den Pflanzungen
großes Früh- u. Nachmittagskonzert
Ab 4 Uhr:
Großer Ball
Abend:
Kaiserplatz 3
Operette in 3 Akten.

Circus Busch

Tel. 75 U. Sonntag 3 1/2 u. 7 1/2 U.
Salvarus „Der Weg
u. Pariser
mit Kraft“
der Cio des
Sensibel
9 Uhr: „Der Wildlieb“
Schiff d. Saison 21. Mai 1920

Königsbank

Alle Banken
sind geschlossen, die
Königsbank
ist offen.
Große Frankfurter Str. 117.
Direktor P. Seller.

Der gr. Ringwettstreit

um den großen Sommer-
preis 10000 Mk. in bar!
Die größten namhaften
Ringer der Welt vertreten.
Heute Donnerstag
2 Entscheidungskämpfe
zwischen
Ladewig und Leidt.
Etzien und Weisert.
Feuer ringen:
Schulz gegen Hintze.
Vorher das große Varieté-
programm!

Frühkonzert

Anf. des Konzerts 6 Uhr
- der Vorstellung 7 -
- d. Ringkampfes 7 1/2 -
L. u. 2. Pflanztag:
Großes
Frühkonzert
mit dem neuen Varieté-
programm.

Pistolen

Arme und Mauer, 9 mm.
kauf zu höchsten Preisen
Kirstein, Berlin,
Lützowstraße 30

Luna-Park

Terrassen am Halensee

Eröffnung

1. Pfingstfeiertag

23.
Mai

Groß- Feuerwerk

Gastspiel d. Metropol-
theater-Orchesters
55 Künstler
Dirigent: Komponist Paul Nihs

Wein-, Bier- und Mokkaterrassen

Rondforelgarten

Luna-Palais

Elegantestes Ballhaus
des Westens
Ellen Siavrides
Aelia Dickstele
tanzen jeden Abend
Leitung: Fritz Fuchs

Luna-Bar

3-Uhr-Tea Intimes Konzert

II. Feiertag

Morgens 7 Uhr:
Frühkonzert

Nachmittags 6 Uhr:
Zum I. Male in Berlin

Tag-Feuerwerk

Attraktionen:
Kahlfische Schnellbahn /
Fox-Trott-Maschine / Bay-
risches Dorf / Rodel- und
Bobatels-Bahn / Der schwarze
See / Wild-West-Schau /
Automobil-Rennen / Kata-
komben / Radrennen / Hippo-
drom / Hindourennen / Sport-
spiele und vieles Neue.

Chausseestr. 25
Größtes
Konzert-Kaffee
und Kabarett des
Nordens

ivoli
Jeden Abend
das berühmte Universitäts-
Ensemble
Carow
in seinem
arkadischen Saal
„Der Goldfuchs“

ZELT 1
(am Tiergarten)
Täglich
Das große
Mal-Programm
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Frühkonzert
Täglich ab 4 Uhr Alfons
Weise mit seiner Kapelle.

Ballschmieders Variété - Garten
Badstrasse 16 • Dir.: A. Grohlmann
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag
Großes
Monstre-Frühkonzert
ausgeführt von Berlins beliebtestem Kapellmeister
Musikdirektor **Max Graf**
ehem. Obermusikmeister des 2. Garde-Regt. zu Fuß
mit seiner 30 Mann starken Kapelle
Aussordern einige humoristische Einlagen
Eröffnung des Gartens 5⁰⁰ Uhr • Kaffeeküche in Betrieb

Sommer-Theater (Schweizer Garten).
Am Friedrichshain 29/32. Dir.: Wilhelm Herrmann.
2 Kapellen An beiden Pfingstfeiertagen 2 Kapellen
Grosses Früh-Konzert
und Vorstellung.
An beiden Tagen wechselndes Programm.
Anfang 5 Uhr morgens.
Nachmittags das große Schauspiel-Spezialitäten-Pror.
mit der 3aktigen Operette „Goldene Jugend“ mit
Franz Sobanski u. Frau Dir. Herrmanns L. d. H. u. trolen.
Die neuen Tänze des Corps des Balletts
sind von der ehemaligen Hofballettmeisterin und
Solotänzerin Frieda Leserer einstudiert. u.
Anfang 4 Uhr.
Billett-Vorverkauf täglich von 10 Uhr Vormittags ab.

Schaubühne
Landsberger Allee 1677
direkt am Ringbahnhof.
Täglich großer
Meisterringer-Wettstreit
Heute Donnerstag:
Großkampftag!!!
Entscheidungsringskämpfe.
Vorh. d. gr. Variété-Teil.
Anfang des Konzerts 4 Uhr
- der Vorstellung 7 Uhr
- des Ringkampfes 10 Uhr
Voranzeige:
Am 1. u. 2. Pfingstfeiertag:
Früh-Konzert und
Variété-Vorstellungen

Moabiter Gesellschaftshaus
Waldstraße 24 Telefon: Tel. No. 11 131
Großer Fest-
und Versammlungs-saal
mit 1000 Plätzen und stärke Tage wöchentlich 1921

Täglich Irische **Seefische**
u. Räucherwaren
Geestmünder Fischhalle Steglitz
Albrechtstr. 131, Ecke Dünpeistr.

Zinn! Lötzin! Weissmetall!
Kupfer! Rotguss! Messing! Aluminium!
Nickel! El. Blei! Zink! Glasstrumpflache!
Quecksilber! Manillpapier!
Zahngelbte, Zahn bis M. 75.
Platinabfälle! Gold- u. Silberbruch!
höchstzahlend: Edelmetall-Einkaufsbüro
Weberstr. 31 (Telef.: Alex. 4243)

Kresser
Gibt, auch die besten
niedrigen, festlichen
senke, geschworene Dant u. jeffine
Dauermehlschichten weichen am
überstern durch meine seit 30 Jah-
ren viel bewährte, bewährte, bewährte,
mittel beistigt. 27, 250. Ihre
gleichzeitig, unersch. Ihre Reichheit
Baltaria - Warendringebühnen
24. 2. - 3. Schiedsamt 2, 75 U.
C. i. s. R. e. i. e. i.
Berlin 46, Offendbahnstr. 4.

Spiralbohrer
Feilen, Schmirgelleinen, Werk-
zeuge höchstzahlend
Mech. Werkstatt Förster,
bei Macheol.
Charlottenburg.
Neue Christstraße 7.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Berwaltungsstelle: Berlin R 54, Eilenstr. 83 85,
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 183, 1229, 1087, 9714.

Heute, Donnerstag, den 20. Mai 1920,
abends 6 Uhr, bei Ghlert, Kottbusser Straße 13

Vertrauensmännertreffen

der Schraubendreher.

Achtung!

Der Pfingstfeiertage wegen bleiben unsere
Büros am Sonntag, den 23. Montag, den 24.,
und Dienstag, den 25. Mai, den ganzen Tag
geschlossen. Am Sonnabend, den 22. Mai, sind
die Büros nur bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Achtung!

Der Pfingstfeiertage wegen bleiben unsere
Büros am Sonntag, den 23. Montag, den 24.,
und Dienstag, den 25. Mai, den ganzen Tag
geschlossen. Am Sonnabend, den 22. Mai, sind
die Büros nur bis 1 Uhr mittags geöffnet.

Achtung!

Da einige Arbeitgeber sich weigern, den vom
26. April festgesetzten Stundenlohn von 5,66 RM zu
zahlen, so geben wir hiermit bekannt, daß die
Arbeitgeber den am 24. April gefällten Schieds-
spruch angenommen haben, nach welchem vom
12. April 5.- RM. und vom 26. April ab 5,66 RM
Stundenlohn zu zahlen ist.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verein

Berwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Berlin S O. 16, Rungestr. 30.

Wegen der Pfingstfeiertage ist das Bureau
am Sonnabend, den 22. Mai, von mittags 1 Uhr
ab, am Montag, den 24. Mai, und Dienstag, den
25. Mai 1920, den ganzen Tag geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

Stunend billige Pfingst - Offerte

für fertige
Herren - Anzüge

solange Vorrat reicht.
Serie I Mark 412.50
Serie II Mark 455.-

Bequeme Bezahlung

unter günstigsten Zahlungsbedingungen

Damen - Kleidung

von Einfachsten bis zum Elegantesten
sehr preiswert in größter Auswahl

B. FEDER

Brunnenstraße 1
Kottbuser Damm 103
Frankfurter Allee 350
Charlottenburg
Scharrenstraße 5.

Briefmarken, Münzen

kauft Grossmann, Johannistr. 4
Norden 106 21

Wer hat die Front erdolcht?

Dokumente zur deutschen Niederlage.

Die rechtsstehenden Parteien behaupten in ihren Wahlaufrufen, die Front sei von der Heimat erdolcht worden. Sie machen also für den Verlust des Krieges das deutsche Volk und in erster Linie die Arbeiterklasse verantwortlich. Wahr ist aber, daß der militärische Zusammenbruch nicht durch die Heimat verschuldet wurde, sondern daß er zustande kam durch das frevelhafte Vabanquespiel der Obersten Heeresleitung, die den Krieg, als schon die sichere Niederlage feststand, nicht abbrach, sondern solange weiterkämpfte, bis das Chaos vollendet und nichts mehr zu retten war. Die deutsche Niederlage wurde nicht erst im Sommer und Herbst 1918 besiegelt, sondern sie stand schon nach der Marne Schlacht im September 1914 fest. Das wissen auch die maßgebenden militärischen Führer und sie haben es in ihren Schriften, die nach dem Kriege erschienen sind, ganz offen zugegeben, ebenso wie die Führer der rechtsstehenden Parteien im November 1918 unter dem Druck der Ereignisse gestanden waren, die Ursachen des Zusammenbruchs objektiv festzustellen. Die Behauptungen über den „Dolchstoß von hinten“, die jetzt in allen Versammlungen aufgestellt werden, sind also nichts weiter als ganz gemeine Lügen, die nur deshalb verbreitet werden, um der Obersten Heeresleitung und den Kriegsparteien die Last der Verantwortung abzunehmen. Ein paar Beispiele sollen es belegen. Generalmajor Baumgarten-Crusius schreibt in seinem „Kriegsbuch, Die Marne Schlacht 1914“:

„Für uns Deutsche ist durch den Ausgang der Marne Schlacht die stolze Hoffnung vernichtet worden, welche den deutschen Soldaten seit 1871 zu nie rastender Arbeit anspornt hatte. Es war infolge der Marne Schlacht nicht gelungen, das Heer der Westmächte vernichtend zu schlagen, ehe das russische Heer kam. Damit war der Weltkrieg für die Mittelmächte tatsächlich verloren. Daran vermochte der heldenhafte vierjährige Widerstand des deutschen Volkheeres und seiner Verbündeten nicht mehr zu ändern trotz aller Waffensiege und Landeroberungen.“

General Falkenhayn, der bis zum Antritt von Hindenburg und Ludendorff im August 1916 als Generalfeldmarschall die deutschen Heere befehligte, schreibt in seinen „Kriegserinnerungen“:

„Die allgemeine Kriegslage war in dem Zeitpunkt der Uebernahme der Geschäfte durch den Generalfeldmarschall von Hindenburg ernst. Sie ist mit Schwankungen dem Grade nach, seit dem 14. September 1914 nie anders gewesen, bis zum bitteren Ende so geblieben und konnte infolge der vielfachen Ueberlegenheit der Feinde an Kräften und Mitteln nicht anders sein, bevor deren Kriegswille gebrochen war. Nicht hat wahrscheinlich mehr zu dem jämmerlichen Ausgang des Krieges beigetragen als der Umstand, daß diese Tatsache erst zu der Zeit, als nichts mehr zu retten war, der Masse des deutschen Volkes enthüllt wurde.“

Hier wird also von zwei maßgebenden militärischen Führern festgestellt, daß der militärische Zusammenbruch nach der Marne-Niederlage im August 1914 mit Notwendigkeit eintreten mußte. Und wie urteilten die Führer der rechtsstehenden Parteien im November 1918? Graf Tschadowitz schrieb am 9. November 1918 in der „Post“:

„Es wäre eine Uebertreibung, zu behaupten, daß all das politische, wirtschaftliche und sittliche Elend, unter dem unser Volk leidet, eine Folge der Revolution sei. Die Ursache hiervon liegt in der festlichen, körperlichen und sittlichen Erschöpfung des Volkes, als Folge eines vierinhalbjährigen Krieges, der uns Ueberanstrengung und unsere Widerstandsfähigkeit geschwächt hat.“

Neben den General Ludendorff schrieb am 18. November 1918 die „Post“:

„Danach hat der General Ludendorff am 1. Oktober dieses Jahres unsere militärische Lage für verzwweifelt gehalten und sofortiges Waffenstillstandsangebot gefordert. Nicht Tage darauf gestand er ein, daß er sich in der Bewertung der Kriegslage geirrt habe. Einen folgenschwereren Irrtum hat es nie gegeben. Er hat sein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert.“

In der „Kreuzzeitung“ schrieb am 13. November 1918 Professor Boehlich:

„Die militärische Zeitung hat, ohne jede politische Bestimmung ihre Kampfsiege und die Unterschätzung unserer Erfolge zu können. So ging der Krieg verloren und jetzt Feinde geglaubt, den zerschmetternden Sieg nach allen begab in seinem Ausgang den deutschen Kaiserstaat unter seinen Trümmern.“

Das ist die Wahrheit über den Zusammenbruch. Wer ist schuld daran? Die militärischen und politischen Führer, die bis zum November 1918 die Geschicke des deutschen Volkes leiteten! Auf sie fällt das auf den Schlachtfeldern vergossene Blut zurück. Sie haben das wirtschaftliche Elend verursacht, unter dem das deutsche Volk leidet, sie haben die Finanzen des Staates ruiniert, das Hinsinken der Kinder, das frühzeitige Sterben der Männer und Frauen auf dem Gewissen. Sont den nationalitätlichen Schreibern in ihren Wahlversammlungen, daß sie Verbrecher sind und durch ihre Lügen beweisen, daß ihnen auch jedes Schamgefühl abhanden gekommen ist.

Die Frauenfürsorge in der Republik.

Die Rechtssozialisten haben wirklich Recht in diesem Wahlkampf. Sie tragen als Regierungspartei und als stärkste Fraktion in der Nationalversammlung die Verantwortung für alle arbeiter- und volksfeindlichen Gesetze, die unter dem Druck der kapitalistisch-bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung zustande gekommen sind, und jetzt können sie den Wählern als positive Errungenschaften nichts bieten als Getrübungen auf den neuen Reichstag, in dem sich hoffentlich Frauen und Männer finden werden, die gewillt sind, ernste Arbeit zu leisten...

Frau Luise Schröder, Mitglied der Nationalversammlung, versucht im „Vorwärts“ das Elend der Reichswahnenhilfsgesetze vom 26. September 1919 als den Anfang einer sozialpolitischen Gesetzgebung für Mutter und Kind darzustellen. Sie behauptet, auch ihre Fraktion sei durch dieses Gesetz nicht zufriedengestellt worden und betrachtet es lediglich als eine Notverordnung. Aber wir müßten ein schlechtes Gedächtnis haben, wenn wir uns nicht erinnern, daß gerade Frau Luise Schröder im Auftrage ihrer Fraktion und im trauten Verein mit der weiblichen Vertreterin des Zentrums, Frau Weber, der Demokratin Frau Koch, der Deutschnationalen Frau v. Gierke und der Lehrerin Frau Kende; von der Deutschen Volkspartei den traurigen Mut fand, die Anträge unserer Fraktion, die einen weitgehenden Mutter- und Säuglingschutz beinhalteten, zu belächeln und dagegen zu stimmen. So erwies sich bei der ersten Gelegenheit die Unmöglichkeit einer Geschlechtsolidarität aller Frauen ohne Unterschied des Standes.

Unsere Verbesserungsvorschläge, von Genossin Jiech eingebracht, waren nichts anderes, als die von den Sozialdemokraten im Jahre 1910 bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung gestellten Anträge; sie forderten:

1. Eine Schwangerschaftsfürsorge für acht Wochen in der Höhe des Grundlohnes.
2. Eine Wöchnerinnenunterstützung für acht Wochen in der Höhe des Grundlohnes.
3. Unentgeltliche Hebammendienste und, wenn nötig, ärztliche Hilfe bei Entbindung und Schwangerschaftsbeschwerden.

4. Ein Stillgeld in der Höhe des Krankengeldes für 28 Wochen.

5. Obligatorische Familienfürsorge für die Versicherten.

Statt dessen wurde den Wöchnerinnen nur ein Wochengeld von 1,50 M. pro Tag, ein Stillgeld in der Höhe des halben Krankengeldes nicht unter 75 Pf. pro Tag, während 13 Wochen und ein Zuschuß von 50 M. für Hebammenhilfe gewährt. Nur minderbemittelte Wöchnerinnen, die ein Einkommen von unter 4000 M. haben, gelangen überhaupt in den „Genuß“ dieser Wochenbeihilfe, während wir die Erhöhung der Einkommensgrenze auf 8000 M. verlangten.

Frau Luise Schröder, die wohl selbst fühlt, daß sie dieses Nachwerk gegenüber den berechtigten Ansprüchen der Frauen auf eine ausreichende Wochenbeihilfe nicht verteidigen kann, stimmt nun ein Klagelied an. „Schweren Herzens“ habe sie gegen die Anträge der Unabhängigen Fraktion gestimmt, aber wir seien ein so armes Volk und der Herr Finanzminister habe ernste Bedenken gegen die hohen Kosten geäußert, die die Annahme der U. S. D.-Anträge mit sich gebracht hätten. So ist es recht! Wie fühlen uns in die selbigen Zeiten des alten Reichstags zurückversetzt, wo die geschlossene Front der bürgerlichen Vertreter gegen die Anträge der Sozialdemokraten auf Erweiterung von Frauen- und Arbeiterschutz mit der Begründung stimmten, für solche Dinge sei kein Geld vorhanden. Nur mit dem Unterschied, daß diesmal auch die Rechtssozialisten die bürgerliche Abneigung gegen Arbeiterschutz teilen und sich zu Salaten der bürgerlichen Klassen gegen die Interessen des Proletariats mißbrauchen lassen. Bei den Ausgaben für den Koste militarismus, der Milliarden verschlingt, wird das Argument der schlechten Finanzen unseres Staates nicht geltend gemacht.

Der Einwand unserer schlechten Finanzen wird durch die Tatsache hinfallen, daß ein viel ärmeres Land als Deutschland, Sowjetrußland, uns jetzt schon durch seine Mutterschub-einrichtungen überholt. Rußland, das als Erbe des Zarismus und des unseligen Weltkrieges ein vollkommen zerrüttetes Wirtschaftsleben und Transportwesen übernommen hatte, das mühsam unter Hungersnot und Entbehrungen trotz der imperialistischen Offensiven der internationalen Kapitalisten an allen Fronten verzweifelt um seine Existenz kämpfen muß, hat es fertig gebracht, ein Kulturwerk ersten Ranges zu schaffen, den Mutterschutz einheitlich und planmäßig im ganzen Lande zu organisieren. Ausgehend von der sozialistischen Erkenntnis, daß die Mütter des Volkes das Erbe sind, aus dem alle Kraft und Stärke der Gesellschaft spricht, ist ein eigenes Mutterschaftsministerium bei der Sowjetregierung mit der Aufgabe betraut worden, überall im Lande Mütterheime zu gründen, in denen die Frauen zwei Monate vor der Geburt und zwei Monate nach der Geburt unentgeltlich versorgt und behandelt werden. Während dieser Zeit, also vier Monate lang, bleiben die Frauen von jeder gewerblichen Arbeit befreit und bekommen den vollen Tageslohn ausbezahlt. Außerdem erhalten sie 25 bis 50 Prozent des Tageslohnes als Stillgeld während sieben Monate. Kinderrippen werden auf dem Lande und in den Industriestädten eingerichtet, Kinderwohlfahrtsausstellungen zur Belehrung der Frauen über die hygienischen Vorbedingungen der Kinderpflege veranstaltet.

Ein wirksamer, ausreichender Mutterschutz, der jede Sorge und Not während dieser Zeit von den Frauen nimmt, hängt also durchaus nicht von dem jeweiligen Stand der Finanzen eines Staates ab. Wir besitzen eine hochentwickelte Industrie, technische vollkommene Produktionsmittel, ein enges Netz von Eisenbahnen und Transportmitteln, um die uns Rußland beneiden könnte. Nur mit dem Unterschied, daß diese Produktionsmittel sich bei uns noch in den Händen der Kapitalisten befinden und daher in ihrem Interesse ausgenutzt werden, während in Sowjetrußland die Arbeiterklasse die Bourgeoisie besiegte und die Sozialisierung aller Produktionsmittel durchgeführt hat. Eine wirklich durchgreifende Frauenfürsorge, Mutter- und Säuglingschutz ist also nicht von den Handlangern der Bourgeoisie, den Rechtssozialisten sondern nur von einem Sieg der Partei des revolutionären Proletariats, der Unabhängigen Sozialdemokratie, zu erwarten.

Der Sternsteinhof.

Roman von Ludwig Angenruber.

Der mit solcher Einstimmigkeit zur Würde eines Vorstehenden Erhobene war keineswegs eine inponierende Persönlichkeit. Schon der Name kennzeichnete ihn für den Kundigen als das gerade Gegenteil einer solchen; denn er hieß eigentlich „Schlachthof“, mußte sich aber, wie unter Bauern jeder einer größeren Namensvetterschaft Angehörige, einen auszeichnenden Zusatz gefallen lassen, der seine war die Vorstufe „Aner“, welche auf einen im Wachstum arg zurückgebliebenen Menschen hindeutet. Doch Mutter Natur gleicht gewöhnlich ihre kleinen Ungerechtigkeiten selbst aus, besonders wenn man ihr dabei vernünftig an die Hand geht; Anerhuber reichte zwar an seinen, wie sie da um den Tisch saßen, heran, aber an Umfang übertraf er jeden.

Der kleine kugelrunde Mann erhob sich, was immer, außer für die Hundstehenden, ein Geheimnis blieb, denn bei seinen äußerst kurzen, etwas krummen Beinen sah er im Stehen nicht um ein Haar höher aus wie im Sitzen. Mit dünner, zwitschernder Stimme tat er die Frage über den Tisch: „Nisdann was soll's gelten?“

Der Sternsteinhofbauer antwortete: „Räsbiermartel's zwei Braun', wie i' d'rauß' vor'm Wagen stehen, geg'n a Ruh' aus mein' Stall.“

„D'wagere,“ sagte der Martel hinzu.

„Und was is' strittig?“ zwitscherte Anerhuber.

„S is' Räsbiermartel's Meinung,“ erklärte der Sternsteinhofbauer, „daß ich mein's Bub'n nit Herr wär' und daß der sich weigern würd', wann ich ihm schaff', daß er dem da sein' Sali zum Weib nimmt. Herentgegen behaupt' aber ich, daß der Toni geg'n mein' Will'n nit mußt' Verstanden?“

„No freilich, woch, woch, dös is' einfach,“ murmelten alle.

Ein Bauer stand auf und schob den Stuhl zurück.

„Wohin denn? Wohin denn?“ quiekte Anerhuber.

„Run, 'n Toni host mer, fragt'n, der laut ja oder nein und dös G'schicht is' im Sandumdreh'n ausg'macht.“

Der kleine Mann wies mit dem ausgestreckten rechten Arme auf den verlassenen Sessel hin. „Sib' nieder, sib' nur wieder nieder, sag' ich! Manner, of'n erstem Aug'n-“

schien nimmt sich freilich d'Sach' aus, als könnt' da vom Fleck weg der eine d'Noch mit ihm fortführen oder der andere hin'geh'n und d'Ruh' heimtreiben; aber doch is' a ganz verzwickte Welt“. Freilich, sagt der Bub', „nein“, dann hätt' der Sternsteinhofbauer verspielt, aber wann hätt' derselbe gewonnen? Denn dadermit, daß der Toni „ja“ sagt, is' noch nit erwiesen; sein' kindlich'n Respekt und G'horsam zu zeigen, müßt' er auch danach tun, denn sonst wär' ja sein Ja nit ja, und da d'rum könnten erst nach seiner Hochzeit mit der Sali — und früher nit — 'm Sternsteinhof'er dös zwei Bräunlein ausg'folgt werd'n.“

„Unsinn“, murkte der Sternsteinhofbauer, aber die andern alle fohinickten sich einverständlich zu und der Räsbiermartel blickte vor sich hin mit der stillbegrünten Miene eines Mannes, dessen Sache sich ganz nach Erwarten anläßt. Er vermied es, seinen Nachbar anzusehen.

„Soll' aber 'n beiden Weib'altern d'ran g'legen sein,“ hob der Anerhuber wieder an, „daß die Sach' ihr'n Austrag find', bevor wir sich da von' Eige'n haben, so hätt' ich ein' Vorschlag g'machen.“

„So red,“ schrie der eine.

„Dah' hören,“ murmelte der andere.

„Wann sich dös zwei Wabern d'Sand' d'rauf geben, daß i' ihner Kinder noch einer bestimmten Zeit woll'n Hochzeit machen lassen — es mußt' aber a menschenmögliche Zeit sein mit 'r g'nauen Angab' von Jahr und Tag — so soll das als a ehrlicher Versuch gelten und wann dann der Bub' mit der Sach' und auch mit der Zeit einverstanden is', so steht nimmer nit entgegen, daß der Sternsteinhof'er 'n Wettpreis an der Stell' von da mit fort nimmt.“ Das kleine Männlein schlug bekräftigend in den Tisch, dann setzte es sich nieder — was, wie bemerkt, seinem Ansehen keinen Eintrag tat — und ännte den beiden Gegnern Zeit zur Ueberlegung.

Die Weiber murmelten beifällig.

Der Sternsteinhofbauer hatte sich hoch aufgerichtet und eine Weile auf den Rücken des gebückt sitzenden Räsbiermartel herabgesehen, nun legte er ihm die Hand auf die Schulter.

„No, du, was sagst denn dazu?“

„Was soll denn ich dazu sag'n?“ knurrte der. „Zeh' den! die Ruh' g'winne! Verspiel' ich d'Noch, bekümmert mich a'rad', wann du dös kriegst und werd' ich dir noch dazu verheissen, nit?“

„No, nur nit ungschickt! g'wett' is' g'wett! und bin ich einverstanden mit einer menschenmöglichen Zeit in Jahr'n und Tag'n, so kannst du's auch sein.“

„Ah, nein, nein, higt kämen d'Zineffen!“

„Was wär' dabei für a Finesch?“ lachte breit der Sternsteinhofbauer.

„Soll' ich dir trau'n? soll' ich dir tron'n?“ Der Räsbiermartel mußte sich in einer außerordentlich bedenklichen Lage fühlen, so nachdrücklich traute er sich hinter den Ohren.

„Wenn ich dir trau'n soll, dann müßt' dein Handschlag aber auch dafür gelten — und wär's gleich schon 'n morgigen Tag, wo die zwei miteinander zum Altar gingen —, daß du vom Hochzeitmahl weg in dein Stüberl gingst und d'jungen Leut' Herr'n sein ließt' al'm Hof.“

„Einverstanden.“

Die beiden Alten boten ein schönes Bild echt menschlicher Eintracht, wie sie so dasahen, sich die breiten Lippen drückend und einer den andern von der Seite mit lauernden Augen anfliegend.

„Also abg'macht,“ sagte der Sternsteinhofbauer mit Nachdruck, dann fuhr er gleichmütiger fort: „Mein Wort g'halten wird mer nit schwer fall'n, denn nach denselben Jahr'n und Tag'n werd' ich wohl 's Hausens schon müd sein.“

„Na siehst,“ schrieb der Räsbiermartel, „ich hab's ja g'mußt, da stimmt d'Zinech zum Vorschein! al'm alte Bodkopfigkeit lauff's d'n aus, daß ich mein' Dörn' dein'm Bub'n ansbehalten soll' und wurd's gleich drüber steinalt und kleinvinzig, bis dir's taugt und bis dir's g'legen kam!“

„No und was war denn das vorhin von dir, wann nit dein' alte Ausdringlichkeit, mit der d' mir schon d'Jahr her zured'it, mich zur Ruh' g'legen? Von dir war ich's g'wärtig, hast du von mir was anderwärts erwart'? In unler'n Alter ändert sich mer doch nimmer. Also mach' keine Mäuf', schick' dich, wo h'nein d' müßt' und laß' mich higt b'sinnen, daß ich die Zeit auspred'.“

„Nein, nein!“ Der Räsbiermartel fuhr schreiend vom Sitze empor und focht dazu wie verzweifelt mit den Händen in der Luft herum; man hätte noch nie ihn sich so gebärden sehen. „Nein, nein, das geht nit an! das is' nit recht und billig! dös gib't nit, daß du's selber bestimmst!“

(Fortsetzung folgt.)

Deutsche Nationalversammlung.

Mittwoch, den 10. Mai.

Präsident Hebrich dankt dem verstorbenen Abgeordneten Burm (H. Soz.). Eingetretene für ihn ist Abg. Dr. Rosenfeld (H. Soz.).

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die steuerliche Behandlung der im Reichsausgleichsgesetz und im Einkommensgesetz geregelten Ansprüche und Verbindlichkeiten. (Ausgleichsbesteuerungs-gesetz.)

Nach unansehnlicher Debatte wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf über die weitere Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung von 5000 auf 15 000 M.

Abg. Schneider-Sachsen berichtet über die Ausschussverhandlungen.

Abg. Koch (Soz.) begründet eingehend den Antrag Kobs, 500, die Vergütung von 15 000 auf 25 000 Mark festzusetzen. Der Gesetzentwurf wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags angenommen. Es bleibt also bei 15 000 Mark Vergütungsgrenze.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.

Verbunden damit wird die Vorlage über die Stellung der Heeresjuristia. Der Kaiser hat an der Vorlage einige Änderungen vorgenommen. Danach kann der Verletzte binnen einer Woche nach Stellung gegen die Verfügung der Staatsanwaltschaft, durch welche die Straftat der disziplinarischen Abordnung überwiesen wird, die Entscheidung des Gerichts anrufen. Bei Untersuchungsfrist hat das Gericht nach vier Wochen zu prüfen, ob die Verurteilung aufrecht zu erhalten ist. In allen Fällen, in denen das Militärstrafgesetzbuch oder die militärische Disziplinarstrafordnung keinen Arrest vorseht, tritt an dessen Stelle die Strafe des mittleren Arrestes. Besondere Schöffengerichte, Strafkammern oder Strafsenate zur Aburteilung militärischer Straftaten dürfen nicht gebildet werden. Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung dahin zu wirken, daß die zu übernehmenden eiderischen Wäckerungsbeamten hinsichtlich der Wehrpflicht nicht an dem für die Standorte der Reichswehr zuständigen Strafgerichten angeschlossen werden.

Abg. Schäding (Dem.) berichtet über die Ausschussverhandlungen. Der Ausschuss beantragt u. a. statt Heeresjuristia zu sagen: Heeresanwälte.

Eine Geschäftsverordnungsdrucksache.

Am 8. Mai abends stellt Präsident Hebrich fest, daß eine große Anzahl von Rednern gemeldet sind. Die Rechte hat angekündigt, daß sie auf Zerschlagung der geschäftsverordnungsdrucksachen bestehen werden. Die dritte Lesung der Vorlage konnte daher erst am Freitag stattfinden. Es ist aber zu befürchten, daß dann wegen der schwierigen Heimreise am Sonntag kein beschlußfähiges Haus mehr vorhanden sein wird. Das wäre dann das Ende der Nationalversammlung. Wollen Sie das riskieren?

Abg. Kobs (Soz.): Es handelt sich um eine außerordentlich wichtige Vorlage. Das deutsche Volk wartet seit Wochen und Monaten auf dieses Gesetz, und bei seiner großen Bedeutung liegen keine sachlichen Gründe vor, die diesen genau inneguhalten. Wir wollen alles tun, um die Nationalversammlung beschlußfähig zu erhalten. Gelingt das nicht, so trägt die Rechte dafür die Verantwortung.

Abg. von Gröbe (DR.): Gerade, weil es sich um ein so wichtiges Gesetz handelt, können wir auf die Einhaltung der Fristen nicht verzichten.

Abg. von Bayer (Dem.): Es liegen hier höhere Interessen vor, und man sollte nicht alle Mittel der Geschäftsverordnung ausnützen. Wir wollen weiter verhandeln.

Abg. von Gröbe (DR.): Die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wird von den Militärfachverständigen aller Staaten abgelehnt und als verhängnisvoll bezeichnet. Nicht durch die Militärgerichtsbarkeit wird das deutsche Rechtsgesetz untergraben, sondern durch Vorgänge wie die Strafverfolgung des Abgeordneten Kraus gegenüber der Richtverfolgung von Dr. Braß (Weiß und Schwarz). Die Reichswehr bedarf dringend Ruhe. Wenn Sie (zur Wehrzeit) heute die Militärgerichtsbarkeit aufheben, so würde es morgen heißen: Was ist die Militärgerichtsbarkeit? (Beifall bei der Wehrzeit.)

Abg. Schäding (Soz.): Es dürfte nicht nötig sein, anzunehmen, daß dieses Gesetz zu sagen, denn längst hat das Volk erkannt, daß die Militärgerichtsbarkeit das härteste Leberbleibsel des Militarismus ist und längst hätte aufgelöst werden müssen. Wegen den Versuch der Einschränkung dieses Gesetzentwurfs durch die Rechte erheben wir schriftlichen Protest. Die Herren von der Wehrzeit müssen sich damit abfinden. Der alte Militarismus ist überwunden, und auch sein letztes Leberbleibsel muß endlich überwunden werden. (Beifall bei der Wehrzeit.)

Abg. Meiser (Dem.) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Schäding an und wendet sich scharf gegen den Versuch der Wehrzeit, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu hinterwehren. (Beifall bei der Wehrzeit.)

Abg. Seeger (H. Soz.):

Wir stimmen dem Abg. Schäding bei, wenn er sagt, es muß auch der letzte Rest des Militarismus beseitigt werden. Wenn dies erreicht werden soll, dann muß aber der vorliegende Gesetzentwurf noch beträchtlich geändert werden. (Sehr richtig! H. Soz.) Weirichen werden muß der § 1, wonach die Militärgerichtsbarkeit bei den Strafverfahren zu Kriegeszeiten bestehen bleibt. Wenn man sieht, daß z. B. in Frankreich es sich ergeben hat bei einer Nachprüfung, daß 2700 Todesurteile zu Unrecht gefällt wurden (Hört! Hört!), dann sieht man ein, daß Rechtsprechung und Militärgerichtsbarkeit unvereinbar ist. Annehmbar ist auch die Bestimmung, daß neben einem bürgerlichen Staatsanwalt noch ein militärischer Vertreter sein muß, da kann man überhaupt nicht mehr von einem bürgerlichen Gericht sprechen. (Sehr richtig! H. Soz.) Auch die Disziplinarstrafgesetze über Freiheitsstrafen muß beseitigt werden. Wir hoffen, daß Sie unseren diesbezüglichen Anträgen zustimmen sowie auch der Aufhebung des § 7, der die Entscheidung über die Zuständigkeit den militärischen Disziplinarvorgesetzten zuerkennt. Auch der letzte Absatz des § 12, der gewissermaßen das Gesetz durch die militärische Dienstvorschrift beherrschen läßt, muß gestrichen werden. Es gilt:

Die Militärgerichte sofort zu beseitigen.

und es muß möglich sein, auch in Berlin, dies nicht erst für den 1. Oktober, sondern schon für den 1. Juli zu tun. (Beifall bei der Wehrzeit.)

Ein Regierungsvertreter stellt fest, daß der § 1 nur gestrichen werden kann, wenn die Verfassung selbst geändert wird. Die Aufnahme eines Militärvertreters neben dem bürgerlichen Staatsanwalt sei nach reichlicher Überlegung gesehen.

Die unabhängigen Abänderungsanträge werden abgelehnt. Angenommen wird der Antrag Kapfenstein-Reichner auf Streichung des § 1c, der die höhere Kommandobehörde des Befehlshabenden zur Einsetzung von Untersuchungskommissionen ermächtigt. Unter Vorbehalt der Anträge der Wehrzeit wird die zweite Lesung des Gesetzentwurfs beendet. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Stellung der Heeresjuristia und der Sekretäre.

Unter Annahme des Antrages auf Abänderung der Bezeichnung Juristia in Anwälte wird die zweite Lesung ohne Aussprache verabschiedet.

Darauf wird eine große Anzahl von Petitionen erledigt. Das Haus verlegt sich. Donnerstag 10 Uhr: Interpellationen, darunter eine sozialdemokratische über die Verwendung der schwarzen Truppen, Ausschussbericht über die Strafverfolgung des Abg. Braß, verschiedene Gesetzentwürfe. Unabhängiger Dringlichkeitsantrag auf Aufhebung des Ausnahmezustandes. Schluß 10 1/2 Uhr. Wegen Einspruch v. Gröbe muß die dritte Lesung der Militärgerichtsbarkeit abgesetzt werden.

Zahlen beweisen!

In den Jahren 1913 bis 1919 sind die Kosten der Nahrungsmittelbefriedigung

600 Proz. gestiegen!

Kein Wunder deshalb, daß die Sterblichkeitsziffern angesichts dieser entsetzlichen Teuerung in unheimlicher Weise angeschwollen sind, daß insbesondere die Säuglings- und Kindersterblichkeit früher nie geahnte Grade erreichte und jetzt dauernd

viele Millionen Vollgenossen unterernährt

sind.

Die Agrarier und mit ihnen im Bunde sämtliche bürgerliche Parteien behaupten, Schuld an dieser gewaltigen Steigerung der Ernährungsfragen trägt hauptsächlich die hohen Löhne der Arbeiterklasse und die dadurch hervorgerufene Steigerung aller Produktionskosten.

Auch die Rechtssozialisten befehlten sich zu dieser arbeitfeindlichen Auffassung, denn sie blieben während der Dauer der Nationalversammlung in einer Regierung, die

Militär gegen Lohnstreik

der Arbeiterschaft ziehen ließ.

Wer aber trägt in Wirklichkeit

die Schuld an der rasenden Lebensmittelfeuerung?

Die amtlichen Ermittlungen des Reichswirtschaftsministeriums über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionskosten in den Jahren 1913 bis 1919 zeigen, daß einzig und allein

die maßlose Profitgier der kapitalistischen Agrarier-Produktion

die ortsveränderlichen Preise für Lebensmittel aller Art herbeiführte. Im Zeitraum 1913 bis 1919 erhöhten sich in der Landwirtschaft in Prozent:

Notwendige Ausgaben für:	Steigerung in Proz.:
Löhne und Gehälter	150
Ertrag	150
Düngemittel	130
Futtermittel	224
Maschinen	300
Gebäudekosten usw.	66
Stroh	260
Schmiermittel	450
Versicherungen	121
Allgemeine Unkosten	65

Die Verteuerung seines einzigen dieser wichtigen Ausgabeposten in der Landwirtschaft erreichte nach den einwandfreien Angaben des Reichswirtschaftsministeriums auch nur allmählich die Verteuerung des notwendigen Nahrungsmittelbedarfes.

Nicht die Lohnrückführungen der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten, nicht die Erhöhung der Produktionskosten kann also verantwortlich gemacht werden für die wahnsinnige Verteuerung des Nahrungsmittelbedarfes.

Auf Kosten der breiten Massen

der Bevölkerung vollzieht sich vielmehr eine gewaltige Steigerung des Gesamts aller landwirtschaftlichen Produzenten. Die wirtschaftspolitische Unfähigkeit der Nationalversammlung und Regierung, die durch Ablieferungprämien in Milliardenhöhe dem Profitbedürfnis der Agrarier entsprachen, die feineren wirksamen Maßnahmen gegen Wucher und Scheinhandel trafen, die die Dinge geben ließen wie sie wollten, begünstigten

die ganz ungerechtfertigte Preissteigerung für Lebensmittel.

Nur ein Mittel gibt es, ihr ein Ende zu bereiten, zu verhindern, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung noch mehr als sie es schon ist, herabgedrückt wird. Nur die

Sozialisierung des Großgrundbesitzes

kann das Volk vor Ausrottung und vor drohender dauernder Unterernährung schützen. Nur sie allein, die ein Verteuern der Produkte aus Profitrückflüssen unmöglich macht, ermöglicht eine

Senkung der Lebensmittelpreise!

Weder Rechtssozialisten noch bürgerliche Parteien wollen die Sozialisierung des landwirtschaftlichen Großgrundbesitzes. Stimmten sie bei der Verfassungsberatung in Weimar doch gegen den Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten auf Überführung des Privatigentums an Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit. Sie sind also alleamt mitschuld an der Wuchererei mit Nahrungsmitteln.

Einzig und allein

die Unabhängige Sozialdemokratie

hat bisher schon und rücksichtslos den Kampf gegen die agrarische Wuchererei geführt, hat sich gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft wichtiger Lebensmittel gewandt, hat gegen die Lebensgaben an die Großgrundbesitzer gestimmt und endlich die Sozialisierung des Großgrundbesitzes verlangt!

Pflicht der gesamten Wählerschaft

im eigensten Interesse also ist es, bei den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920 zu wählen die

Kandidaten der U. S. P. D.!

Niederbarnimer Kreistag.

Die Beratung des Kreishaushaltsplans gab unsern Genossen im Kreistage erwünschte Gelegenheit zu einer kräftigen Kritik. Der Statistiker Einwohnerzahl, für den 45 000 Mark eingeseht sind, läßt eine bewegte Debatte aus. Genosse Pfeiffer brachte ein vertrauliches Rundschreiben des Kreisrats Armiter zum Vortrag, das sich ohne Tagesnummer an private Personen richtete und einen quadratischen Spießdienst als Ziel hat. Die Reichswehr und Herr Armiter haben ein lebhaftes Interesse an allen örtlichen politischen Vorgängen. Es wird in dem Schreiben um Kampfhaftmachung führender Persönlichkeiten der Linksparteien erlucht und die Einsetzung von Kreisrätschüssen empfohlen. Mit Recht kennzeichnete Genosse Pfeiffer dieses Schreiben als planmäßige Vorbereitung für den nächsten Putz.

Auch die Weisung in Wehrzeit zeigten die Ministerarbeit der Gegenrevolution. Die ganze Schamacht des Landrats der Kreises ohne Zustimmung des Oberpräsidenten aus den Räumen des Landratsamtes nicht entfernt werden könne. Redner forderte energisch, endlich auch im Kreise des Reichs des Ministers auf Befreiung der reaktionären Einwohner zurückzuführen, im übrigen aber gegenüber dem Herrn Armiter vom Hausrecht Gebrauch zu machen.

Eine Kreiservereinigung des Fdg. Schramm suchte die von der U. S. P. erteilten Schulwehren als stark mit unjüngeren Elementen durchsetzt hinzustellen. Aber selbst der Reichssozialist Baumeyer forderte gegen Armiter Anklage wegen Hochverrats.

Der kommissarische Landrat Schlemminger mußte erklären, von dem Treiben des Herrn Armiter völlig ohne Kenntnis gewesen zu sein. Er habe sofort die nötigen Schritte zu seiner Entsetzung eingeleitet. Redner könne er ihm vordereand nicht mit Gewalt entsetzen. Unser, eine radikale Lösung fordernde Antrag wurde abgelehnt, der hinausgezögerte der U. S. P. angenommen. Genosse Seile richtete an den Landrat die Anfrage, wer die Aufsicht zu einer Gefangenliste für die Gefangenen der Kreisverwaltung verfaßt und unter der schon neuen Kreisverwaltung in Aufsicht gegeben. Die Instruktion lautet: „Gefangen für Kaiser und Reich“. Redner erblidete auch hier eine nationalistische Demonstration und behält seiner Funktion vor, den Kreisbaumeister Kleemann für die entstandenen Mißgeschickte verantwortlich zu machen.

Beim Titel Sanitätskolonnen und Notes Kreuz, werden von uns weitere 1000 Mark für die Arbeiterfamuliere gefordert. Für Unterhaltung erholungsbedürftiger Kinder minderbemittelter Familien wurde eine Erhöhung von 4000 Mark auf 8000 Mark verlangt. Einer Anfrage des Genossen Rante wegen schlechter Entlohnung der Kreisbauarbeiter beim Hausbau versprach der Kreisbaumeister eine zufriedenstellende Regelung. Es werden Löhne von 1,70—1,80 M. pro Stunde gezahlt.

Beim Kreishaushalt beantragten die Rechtssozialisten Beseitigung der Klassen. Genosse Ronowski schloß sich dieser Forderung an und beantragte außerdem die Streichung von 500 Mark, die Pastor Große für selbstgeerbte Tätigkeit am Kreisbauamt erhalten hat. Die Anfrage, warum unser Genosse Burgschütz auch heute noch nicht als Kreisbaumeister beschäftigt ist, beantwortete der Landrat in gewundener, rechtssozialistischer Art. Derselbe rechtssozialistische Halbheit gelogen ebenfalls seine und seiner Freunde Ausführungen über die Einwohnervahme.

Ein Schlußantrag der Rechtssozialisten nahm uns die Möglichkeit weiterer Kritik. Im Auftrag der Reaktion präparierte Genosse Seile unsere Stellung zum Gut. Er zeigte das alte Gesicht. Unter Führung der Rechtssozialisten sei uns jede politische Mitarbeit unmöglich gemacht worden. Mit allen Mitteln hätten sie die Umgestaltung des Verwaltungssystems verhindert, die Einfügung der Arbeiterräte unmöglich gemacht. Deshalb lehnen wir den Etat ab. Noch einmal gingen die Bogen hoch bei der Befragung des Landratspostens. Genosse Andree geißelte hier das hinterhältige Arbeiten des U. S. P. Disziplinärkomitees, der auf Hintertrieben für die U. S. P. den Landrat zu erlangen suchte. Er schloß für die U. S. P. den Genossen Pfeiffer vor. Seine Ausführungen trugen ihm glatte Umwürde der Rechtssozialisten ein. Bei Stimmzählung der U. S. P., die nur für den Genossen Pfeiffer stimmte, wurde Schlemminger zum Landrat vorgeschlagen. Kennzeichnend für die rechtssozialistische Wehrverfassung war, daß, nachdem Schlemminger bereits gewählt war, mit wenigen Ausnahmen die Rechtssozialisten gegen unsern Genossen Pfeiffer stimmten. Als Amtsdirektor von der U. S. P. vorgeschlagen und gewählt wurden die Genossen Matthei und Reichmann-Oergelbe, Genosse Hoppe-Schönwade und Schmidt-Freemünde als Amtsdirektoren, Genosse Sudrow-Depenschenre als Amtsdirektor.

14. Verbandstag des Schneiderverbandes.

(Schluß des Berichts aus Nr. 128.)

Zum Statut hielt Sprederg-Hamburg das Vortag. Redner führte aus, daß von der Opposition viele Anträge eingegangen seien, die dahin gehen, im Statut den Klassenkampfcharakter festzusetzen. Das tue nicht nötig, denn der Organisationscharakter ist doch selbstverständlich, aber die Gegner würden es gegen sie ausnützen. Es sei besser, das den politischen Parteien zu überlassen. Der Industrieverband werde bedingen, daß die Fernennahschneider ganz im Interesse kommen. Die Arbeiter-Liga sei ein zu schwerfälliges Gebilde. In der Unterhaltungsfrage würden diejenigen, welche denken, daß alle Unterhaltungen abgedeckt werden sollen, mit Ausnahme der Straß- und Gemeindefest-Unterstützung, bei den Kollegen im Lande wenig Begrünstigung finden. Staat und Kommune werden auf die Dauer die Erwerbslosenunterstützung nicht zahlen können. Selbst die Metallarbeiter-Organisation, von der man sage, daß sie äußerst links stehe, habe die Erwerbslosenunterstützung. Man müsse dazu übergehen, dieselbe ebenfalls zur Einführung zu bringen.

Auf Wunsch der Vertreter des Hutarbeiter- und Kürschnerverbandes wurde mit den Statutenberatungen gleich die Verschmelzungstage mit diesen Verbänden erledigt.

Stähler-Vorstand erstattete darauf Bericht über die Ratgeordneten Verhandlungen mit den genannten Verbänden. Da in den einzelnen Orten keine Filialen dieser Organisationen bestanden, haben sich diese wenigen Arbeiter und angehörigen. Dadurch entstanden Grenzreitigkeiten, die dazu führten, daß man endlich die Verschmelzungstage prüfte. Der Hutarbeiterverband macht über diese Frage von der Übernahme der Erwerbslosenunterstützung abhängig. Auch sollen die Angestellten mit ihren erworbenen Rechten übernommen werden. Die Angestellten sind auf längere Zeit amnestiert und wollen sich keiner Neuwahl unterziehen. Der Deutsche Schneiderverband hat mit uns nur einen Solidaritätsvertrag abgeschlossen. Anträge zur Verschmelzung von dieser Seite sind leider nicht eingegangen. Staub vom Hutarbeiterverband und der Vertreter des Kürschnerverbandes gaben hierauf ihre Meinung zu erkennen, sich für die Verschmelzung zu erklären. Vom Kürschnerverband ist noch keine Erklärung abgegeben.

Schumacher-Berlin machte darauf aufmerksam, daß bei Statutenänderungen eine Zweidrittel-Majorität notwendig sei und die Opposition infolgedessen mehr Entgegenkommen vom Verbandstag erhalte. Er führte weiter aus: Wir sind strenge Anhänger der Zentralorganisation und wollen auf dem schnellsten Wege die Verschmelzung mit den verwandten Verbänden, Frauen aber nicht her-

Beschmelzung zu Rede noch mehr Unterstützungslasten einzuführen. Wir vertreten den Standpunkt, daß es Sache des Staates ist, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen; denn wir Arbeiter erhalten den Staat und sind mindestens ebenso zu bewerten wie die abgedankten Offiziere. In der Beitragsleistung sind wir bereit, eine Erhöhung einzutreten zu lassen, aber es muß den Hilfslosen eine größere Bewegungsfreiheit gewährt werden.

Die strittigen Punkte wurden hierauf einer 14gliedrigen Kommission übergeben. Ueber die Lehrlingsfrage referierte Vorstandsmitglied Plog; er fasste seine Ausführungen in einer längeren Resolution zusammen, die einstimmig angenommen wurde, nachdem ein Antrag, über diesen Punkt keine Debatte zu eröffnen, Zustimmung gefunden hatte.

Es kam dann noch zu einem Austritt. Schon am Tage vorher hatte die Opposition sich dagegen gewandt, daß der Vertreter des Gewerkschaftsbundes U. Breit zu jedem Tagungsordnungspunkt das Wort ergreift. Jetzt verlangte sie, daß die Punkte: Wahl des Ortes für den Vorstand und Wahl der Vorstands- und Ausschussmitglieder einer Kommission zur Vorberatung überwiesen werden. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt, worauf die Opposition demontierbar den Saal verließ.

Die von der Kommission beantragte Beitragserhöhung wurde angenommen, aber für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, in die auch die Reise- und Krankenunterstützung eingeschlossen ist, fand sich keine Zweidrittelmehrheit, so daß sie abgelehnt wurde.

Die Zusammensetzung des Vorstandes bleibt die alte. Die Aufnahme der Bestimmungen über die Hausleitungen in das Statut wird ebenfalls abgelehnt, ebenso die neuen Bestimmungen über Zusammensetzung und Tätigkeit des Beirates, so daß es auch hier bei dem alten Zustande bleibt. Das Streikreglement wurde einstimmig angenommen mit der Maßgabe, daß die erhöhten Streikunterstützungssätze ab 1. Juli nur auf Kasse und die vollen Sätze ab 1. Januar 1921 in Kraft treten.

Ueber Wiederherstellung der internationalen Beziehungen berichtet Stühmer, daß es bereits gelungen sei, diese Beziehungen wieder anzuknüpfen. Das internationale Bureau soll seinen Sitz in Amsterdam haben. Im August soll ein internationaler Kongress in Kopenhagen stattfinden. Als Delegierte hierzu werden gewählt: Sabath mit 81, Stühmer mit 79, Spreeberg-Hamburg mit 77 Stimmen.

Sträubig-Hamburg begründete einen Antrag, den sich der Vorstand von Berlin nach Hamburg, den sich der Ausschuss nach München zu verlegen, mit den bestehenden Rechnungsverschiedenheiten; den diktorischen Einfluß, der von der Berliner Filiale gegenüber dem Vorstand ausstrahlt werde, worunter die Entwicklung der Organisation zweifellos leiden müsse. Die Opposition wandte sich mit aller Schärfe gegen die Verlegung des Sitzes, insbesondere warnte Redakteur Genosse Sabath vor diesem Schritt und erklärte zugleich, daß er in diesem Falle als Redakteur nicht mehr in Betracht käme, da er keinesfalls seinen Wohnsitz verlegen könne. Der Antrag wurde jedoch mit 96 gegen 66 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Bei der Wahl des Vorstandes wurden gewählt als Vorsitzende: Spreeberg-Hamburg und Pleitl-Frankfurt a. M. mit 75 Stimmen, als Kassierer Heitmann mit 78 Stimmen, als Redakteur Josephs mit 76 und Brenneke mit 65 Stimmen. Sitz des Vorstandes und der Redaktion müssen an einem Orte sein. Als Sekretär wurden gewählt: Stühmer, Weiler-Berlin, Plog-Berlin, Thiersfelder-Dresden und Theisinger-Berlin. Die Opposition gab 61 weiße Zettel ab. Der bisherige Vorsitzende, Stühmer, wurde beauftragt, den 2. Band der Geschichte der Schneiderbewegung zu schreiben. Der nächste Verbandstag findet in Weimar statt.

Gewerkschaftliches.

Ein verderblicher Beschluß.

Genosse Felix Hirsch vom Zentralverband der Angestellten schreibt uns: „Infolge meines Eintretens für die Betriebsratszentrale, Rängstraße, hat man in der gestrigen erweiterten Ortsverwaltungssitzung der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten mit 29 gegen 20 Stimmen beschlossen, gegen mich und fünf andere Kollegen einen Ausschlussantrag beim Hauptverband zu stellen.“

Wenn der vom Genossen Hirsch angegebene Klotz wirklich als Grund für einen Ausschlussantrag angesehen worden ist — ein anderer Grund für einen solchen Antrag wäre uns nicht bekannt — so ist das ein Vorgang, der uneingeschränkte Verurteilung verdient. Ein Ausschluss wegen tatsächlicher Differenzen eines Mitgliedes mit dem Vorstand ist dem Vorgehen der Rechtssozialisten gegen die Opposition während des Krieges und mancher Zentralvorstände von Gewerkschaften gegen oppositionelle Mitglieder und Ortsvereine völlig gleichzusetzen und in derselben Weise zu verurteilen. Das Stimmenverhältnis zeigt ja auch, daß der seltsame Antrag nur eine ganz geringe Mehrheit bekommen hat.

Kontinuität des Feuertreits.

Der Streik im Feuertgewerbe dauert ungeschwächt an. Ein gestrigen Mittwochs nachmittag hat in der Dopelbräuerei eine überfüllte Versammlung der streikenden Geschäfte stattgefunden, um den Bericht über die Lage einzusehen und weitere Maßnahmen zu beschließen. Da die Zahl der Meister, die die neuen Forderungen der Geschäfte bewilligen wollen, sich ständig vermindert, überwiegt die Streikleitung der Versammlung den Vorschlag, vom Generalstreik abzulassen, die Betriebe, deren Inhaber die Forderungen anerkennen, freizugeben und nur noch in

den übrigen Betrieben zu streiken. Die Versammlung lehnte jedoch einstimmig diesen Vorschlag ab und beschloß, auch weiterhin im allgemeinen Ausstande zu verharren, um so den Interessenverband, die Vertretung aller Arbeitgeberorganisationen des Feuertgewerbes, zu Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifes zu veranlassen. Wie die Streikleitung noch mitteilt, sind wiederum neue große Kasser- und Feuertreuer eingerichtet worden, so im Kasse „Eins A“ am Potsdamer Platz, wo 70 Gehilfen beschäftigt werden. Eine große sächsische Coarfabrik hat der Streikleitung große Aufträge erteilt. Die Streikleitung hat infolgedessen in der Bernburger Straße einen umfangreichen Betrieb eingerichtet, in dem Coararbeiten angefertigt werden und der am heutigen Donnerstag mit einem Personal von 100 Mann eröffnet wird. Zahlreiche Zweigvereine des Arbeitervereinsverbandes für das Feuert- und Coargewerbe haben der Streikleitung für gestohenes Material an Spiegeln usw. zur Verfügung gestellt, das sich zum Teil bereits auf dem Transport nach Berlin befindet. Die Streikleitung hat übrigens zwei großer, vollständig eingerichtete Betriebe angekauft, um sie auch nach Beendigung des Streiks für die arbeitslosen Gehilfen auszunutzen. Die Arbeiter werden heute zum Streik endgültig Stellung nehmen.

Die Tarifverhandlungen der Buchdrucker.

Die Vertrauensleute der Buchdrucker nahmen Dienstag den Bericht über die Tarifverhandlungen entgegen, der von Raffini erstattet wurde. Die allgemeine Stagnation hat auch in diesem Beruf das Rückgrat der Unternehmer gestärkt. Es war den Arbeitgebervertretern in diesem in der Hauptsache nur möglich, Verschlechterungsversuche abzuwenden. Von dem geforderten Teuerungszuschlag von 60 Mark wurde nur, nach dem Vorschlag des Ausschusses, eine Zulage von 18 bis 40 Mark erteilt, die höchste Summe nur für Berlin und Hamburg. Die Zulage wird in zwei Raten ausbezahlt. Die erste Rate ist zahlbar mit Wirkung ab 31. 8., die zweite ab 31. Juli. Die Teuerungszulage hat Gültigkeit bis 31. 8. 20. Mit Ende des Jahres ist der Tarif von den Unternehmern gelündigt.

Die Diskussion, die sich in äußerst sachlicher Weise mit den allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhängen befaßte, führte zur Annahme folgender Entschlüsse: Die Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker erklären, daß das Ergebnis der Tarifverhandlung nicht die Verwirklichung ihrer Bedürfnisse bringt. Sie erkennen, daß das gleiche Verhältnis nicht nur für die Buchdrucker, sondern für alle Arbeiter und Angestellte besteht, und daß der Kampf um bessere Lebensbedingungen daher von der gesamten Arbeiterklasse aufgenommen werden muß. Zu diesem Zweck ersuchen die Vertrauensleute der Berliner Buchdrucker die Berliner Gewerkschaftskommission und den Gewerkschaftsbund in Berlin mit den Angestellten die gesamte Arbeiterschaft zusammenzufassen zum Kampf für die Besserung der Lebenshaltung. Die logische Entwicklung dieses Einheitskampfes der Gesamtarbeiterschaft führt auf den Weg zur Eroberung der politischen Macht und zur Schaffung der sozialistischen Gesellschaft.

Groß-Berlin.

Die Polizei im Wahlkampf.

Ein Parteigenosse schreibt uns: „In der Königsplatzbrauerei fand am Dienstag abend eine öffentliche Wahlerversammlung, einberufen von der Deutschen Volkspartei, statt. 150 unserer Parteigenossen waren in dieser Versammlung anwesend. Außerdem noch viele andere der Deutschen Volkspartei nicht angehörende Personen. Die Reden an der Bühne; da forderten uns einige Junglinge auf, den Hut abzunehmen, wir beugten uns in einer vornehmlichen Geste. Dem Wunsch wurde nicht Folge geleistet. Da erlaubte sich ein solcher deutscher Volksheld, gegen meinen Barockfreund ätzlich zu werden. Es entstand ein Tumult; sofort erschien im Saal ein Kriminalwachtmeister mit 2 grünen Beamten, führte den Vorsitzenden des W. Distrikts unserer Parteiorganisation nach dem Vorraum und wollte nun zur Verhaftung schreiten. Auf Protest unserer Parteigenossen nahm er aber davon Abstand. Bei einem Privatgespräch mit dem Kriminalwachtmeister legten wir ihm die Fragen vor, ob er hier als dienstherrlicher Beamter die Versammlung überwachte. Darauf erwiderte er, daß er dienstlich hier wäre und überhaupt alle Versammlungen aller Parteien, auch die der U. S. P. D. und A. P. überwache. Nachdem versucht der Kriminalbeamte den Namen unseres Vorsitzenden erneut im Saal festzustellen und ihn kurz nach dem Ende abzuführen. Auf öffentliche Vorstöße in der Versammlung erklärte er, er beläuge von seiner Verdächtigungsgegenwart, wenn er diese Verhaftung unterlasse. Zu bemerken ist noch, daß in der Königsplatzbrauerei eine jugendliche Wache eingerichtet war.“

Das Auftreten dieses Herrn sieht doch sehr nach einer Parteimitnahme für die Deutsche Volkspartei aus, wie überhaupt die Einrichtung der streikenden Polizeiwache den starken Anschein erweckt, als ob sich die Polizei als Schutzmacht dieser „Volkspartei“ betätigen läßt.

Rektor Bod vor Gericht.

Die Beweisaufnahme in diesem Prozeß schreitet nur langsam vorwärts. Gestern wurde zunächst die Vorladung noch einiger neuen Zeugen beschlossen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß ein Teil der Zeugen und Zeuginnen bei der Länge der Zeit sich auf die zehn Jahre zurückliegenden Vorgänge nicht mehr im einzelnen besinnen kann. — Eine Zeugin A., die ebenso wie ihre Schwester mit anderen ehemaligen Schulfrauen in der Ködtschen Sache von Hrn. Toussaint verurteilt worden ist, bestätigte die schon erwähnte Ansprache, die Toussaint an die Mädchen gehalten hat. Er habe dabei gesagt: „Ich weiß es genau, Sie alle haben teil an den Verhehlungen des Rektors Bod. Sie alle haben mit ihm geflüstert, keine einzige ausgenommen!“ Darauf sei die Mutter des einen Mädchens in Ohnmacht gefallen. Sie selbst habe mit Rektor Bod nie etwas zu tun gehabt. Es kam hierüber

zu langen Auseinandersetzungen, da die Zeuginnen dabei betonen, daß sie durch die ganze Art der Vernehmung durch Herrn Toussaint sehr eingeschüchtern worden seien; tief empört seien sie über die Androhung einer ärztlichen Untersuchung gewesen. Der Nebenkläger Toussaint wies immer wieder die Behauptungen, daß er unzulässig auf die Zeuginnen eingewirkt habe, zurück und betonte die Vorhaltungen der Verteidigung gegenüber, daß er nur seine Pflicht getan habe und immer tue. — Das Gericht beschloß die Zeuginnen vorladung des Chefs der Kriminalpolizei, Oberregierungsrats Hoppe, und auf Ersuchen des Nebenklägers, auch des Kriminalkommissars Dr. Kopp. — Die Beweisaufnahme wurde fortgesetzt. Im weiteren Verlaufe derselben wurde nach einem Zusammenstoß zwischen dem Vorhaltenden und dem Angeklagten ein Verlegungsantrag abgelehnt.

An die Gemeindevertreter der U. S. P.!

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß in den nächsten Tagen die Schrift des Genossen Leib über die Einheitsgemeinde Groß-Berlin erscheint und daß Bestellungen sofort an die Buchhandlung „Freiheit“ gerichtet werden müssen. Nur wer sofort bestellt, kann darauf rechnen, die Schrift zu erhalten, da die Auflage nach den eingegangenen Bestellungen bemessen wird.

Die 3. Wahlkampfnummer der „Freien Welt“.

ist soeben erschienen. In Wort und Bild, mit Karikaturen und übersichtlichen Tabellen wird mit allen Segnern der U. S. P. D. Abrechnung gehalten. Die Bilderpropaganda, die in unserem Wahlkampf von außerordentlicher Bedeutung ist, hat durch die neue Nummer eine wirksame Bereicherung erfahren. Wir heben die Bilder aus dem Kriege hervor, Ausnahmen aus dem Schützengraben, brutale Gewaltakte des Militarismus gegen unsere französischen und belgischen Arbeitsbrüder und Tabellen über den Menschen- und Wertverlust. Ein eben erschienen, hier veröffentlichtes Bild zeigt, wie die Bourgeoisie das Kinderelend des Proletariats verhöhnt. Die Demonstration der U. S. P. D. für Sowjetrußland, die neu aufgestellte Arbeiterwehr in Kiel, eine Schlächterei der französischen Polizisten am 1. Mai, mehrere Karikaturen liefern überzeugendes Material für unseren entschiedenen und einheitlichen revolutionären Kampf.

Verkehrsbeschränkungen zu Pfingsten. Die beschränkten Verkehrsverhältnisse, der noch immer herrschende Mangel an Lokomotiven und Wagen machen noch immer jede Mehrleistung im Personenverkehr zu den Feiertagen unmöglich. In Anbetracht des vor den Feiertagen mit Sicherheit zu erwartenden starken Andranges zu den Fernzügen jeder Richtung sieht sich die Eisenbahnverwaltung daher gezwungen, für die Tage vor dem Fest eine Hochkonzentration zu erlauben, um eine störungsfreie Abwicklung des Fernverkehrs sicherzustellen. Es ist daher angeordnet worden, daß die Geltungsdauer sämtlicher Personen-, Eil- und Schnellzugfahrpläne, die am Freitag, den 21., Sonnabend, den 22., und Sonntag, den 23. Mai, gelte, nicht vier Tage, sondern nur einen Tag, und zwar am Tage der Lösung, zum Reiseantritt berechtigen. Der Vorverkauf von Reisekarten des Fernverkehrs zu den an diesen Tagen verkehrenden Zügen findet also nicht statt. Gleichzeitig werden auch die Bahnsteige des Fernverkehrs auf sämtlichen Berliner Bahnhofen für Nichtreisende gesperrt, also wird auch die Ausgabe von Bahnsteigkarten am 21., 22. und 23. Mai eingestellt.

Kriegsbeschädigtenfürsorge bei Eisenbahnfahrten. Angesichts der noch immer beschränkten Anzahl von Personen- und Schnellzügen und der sich hieraus ergebenden starken Befehung der einzelnen Züge hat die Eisenbahnverwaltung bereits vor längerer Zeit sich entschlossen, die Sauerkriegsbeschädigten, die durch ihre Leiden meist schwer betroffen sind und bei starkem Andrang zu den Zügen vielfach schmerzhaft gestehen werden, auf ihren Reisen nach Möglichkeit zu schützen. Zu diesem Zweck hat die Eisenbahndirektion nunmehr ein Merkblatt an ihre Bediensteten herausgegeben, welches die hauptsächlichsten Bestimmungen, die zum Schutze der Kriegsbeschädigten getroffen sind, enthält. Als Kriegsbeschädigte im Sinne des Merkblattes gelten alle diejenigen Kriegsteilnehmer, die äußere Schäden oder innere Leiden davongetragen haben und denen längeres Stehen schadet. Hierbei wird kein Unterschied gemacht, ob sich der Kriegsbeschädigte noch in militärischer Behandlung befindet oder nicht. Nach dem Merkblatt wird den Kriegsbeschädigten das Recht eingeräumt, von links an die Schalter heranzutreten, um auf diese Weise bevorzugt abgefertigt zu werden. Auch an der Bahnsteigsperrung sollen die Kriegsbeschädigten nach Möglichkeit bevorzugt werden. Die Unterbringung der Kriegsbeschädigten in den Zügen auf Sitzplätzen soll durch die eventuelle Inanspruchnahme des Dienststabes eine besondere Aufgabe der Zupersonale sein. In allen Personenzügen, bei denen ein Bedürfnis hierzu vorliegt, soll mindestens ein Abteil 2. Klasse als für Kriegsbeschädigte vorbehalten gekennzeichnet sein, welches tünlichst neben dem Jungfernenabteil liegt. Als Schutz dieser Abteile bei starkem Andrang soll das Abteil verschlossen gehalten werden, damit jeder, der es zu benutzen die Berechtigung hat, nur nach vorheriger Meldung beim Zupersonal darin Platz nehmen kann. Ist in diesem Abteil noch Platz vorhanden, so können auch andere Reisende darin befördert werden; sie sind jedoch zur Räumung des Platzes verpflichtet, wenn noch Kriegsbeschädigte zu befördern sind. Die Beförderung von Kriegsbeschädigten im Rollstuhl in den Postwagen wird gestattet, wenn der Gedächtnis der Besatzung zuläßt. Die Kriegsbeschädigten, die auf diese Vergünstigungen Anspruch erheben, müssen einen Ausweis mit sich führen, der auf Grund des Zeugnisses eines beamteten Arztes von der örtlich zuständigen Kriegsbeschädigtenfürsorgestelle für die Dauer eines Kalenderjahres ausgestellt wird.

Eröffnung der Fließbadeanstalten. Heute werden nunmehr auch die städtischen Fließbadeanstalten hinter der Rängstraße 60 für männliche und weibliche Personen, und an der Preußische für männliche Personen eröffnet. Die Fließbadeanstalt an der Eubrisstraße kann erst später in Betrieb genommen werden; der Tag der Eröffnung wird noch besonders bekanntgegeben werden.

UNSERE PFINGSTGABE! **- BIS PFINGSTEN** **20% RABATT AUF ALLE KÄUFE** **GROSSE AUSWAHL BRAUNER MODELLE: SALAMANDER**



